

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 16.— M., für einen Monat 5.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19893. — **Berlin in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 M. **Reklame-Kolonellszeile** 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

## Der Schwindel vom Kommunistenputsch.

### Ein aufgedeckter Wahlschwindel. Die beliebte Spartakusvogelscheuche.

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Rote Fahne schreibt zu den Putschgerüchten, die durch den Staatskommissar Dr. Weichmann in letzter Zeit verbreitet wurden: „Die preussische Regierung mit ihrem Dr. Weichmann und Seck und Ehrhardt samt ihrer Spitzelbande mühte schon selber einen Kommunisten-Putsch machen, wenn sie einen haben will. Sie wird sich aber hüten: sie braucht nur den Popanz des Putschers, um den Philistern Schrecken zu machen.“

Am Sonntag hatte das Reptil der Koalitionsregierung, die P. P. A., wieder einmal — zum wievielten Male eigentlich? — den Plan eines großen Kommunistenputsches entworfen. Sämtliche deutschnationale und sonstigen reaktionären Organe, voran das Heftblatt in Leipzig, stürzten sich begeistert auf diesen Sensationshappen. Dem guten Bürger wurde in Fettdruck vorgeschwärzt, in welscher Gefahr er schwebte, wie der grimmige Bolschewismus ihn mit Haut und Haaren zu verschlingen drohe, daß er also nur durch Abgabe eines Stimmzettels für die Gegenrevolution noch gerettet werden könne. Die Meldung behauptete, die preussische Regierung habe Kenntnis erhalten von einer geheimen kommunistischen Konferenz, die am 26. und 27. April in Berlin-Neudamm getagt habe. Sie habe einstimmig beschlossen, ohne Rücksicht auf die Wahlen den gewalttätigen Versuch zur Errichtung einer deutschen Räterepublik so bald wie möglich zu unternehmen, um der im Gange befindlichen Entwaffnungsaktion vorzukommen. In die neue Räteregierung sollten SPD-Leute unter keinen Umständen, USPD-Leute möglichst wenig aufgenommen werden. Gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie soll durch Verhaftungen und Verweigerung der Lebensmittel ein starker Terror ausgeübt werden. Der genaue Termin der Aktion (!) soll erst nach weiteren Verhandlungen mit Moskau (!) festgesetzt werden.

Die Meldung charakterisiert sich schon durch ihren Inhalt als offener Unsinn. Jedermann, der einige Kenntnis von politischen Verhältnissen hat, erkennt ohne weiteres die plumpe Erfindung eines dummen Spitzels, und es zeigt nur die ganze Verleumdung des Intellekts, die bei den Rechtssozialisten seit ihrem „Aufstieg“ ins Regierungslager eingerissen ist, daß sie sich zur Verbreitung solcher dummen Lügen hergeben.

Gewöhnlich sind solche Meldungen so abgefaßt, daß sie keine Handhabe zu einer Feststellung bieten. Hier aber war der Spitzel damit benutz, bestimmte Personen zu nennen. Er behauptete, daß die Konferenz einen Fünfererrat zur Leitung des großartigen Putschers gewählt habe, der aus den Kommunisten Schnellbacher-Hanau, Hermann, Fröhlich, Dr. Ernst Meyer und Walcher-Stuttgart bestehe. Das gab dem Kommunisten Ernst Meyer die Möglichkeit, in einer Berichtigung festzustellen, daß eine solche geheime kommunistische Konferenz nicht stattgefunden habe, daß ein Fünfererrat nirgendwo gewählt worden sei, daß alle angeblichen Beschlüsse der angeblichen Konferenz ins Reich der Lüge gehören, daß keiner der genannten Kommunisten von der Sache etwas weiß — er ist auch beauftragt worden, diese Erklärung im Namen von Schnellbacher, Fröhlich und Walcher abzugeben, ein Parteimitglied Hermann ist ihm völlig unbekannt — und daß die Staatsanwaltschaft es nicht einmal für nötig befunden hat, die Schwindelnachricht durch verantwortliche Bestätigung der Betroffenen nachzuprüfen, woraus sich schon ergibt, wie sie die Sache einschlägt. Die P. P. A. konnten dagegen nichts weiter anführen als die Quelle ihrer Nachricht, die preussische Regierung, die ein betretenes Schweigen bewahrt. Indirekt wird die Spitzelmache allerdings fallen gelassen. Es wird offiziös zu verstehen gegeben, daß diese und ähnliche Meldungen von den militärischen Nachrichtenstellen stammen, die man auflösen verspricht. Ob dieses Versprechen ernstlich zu nehmen ist, als so manche Versprechungen, die die Reichsregierung in letzter Zeit gegeben und nicht gehalten hat? Ob die Reichsregierung überhaupt die Macht hat, eine solche Aufklärungsaktion vorzunehmen?

Jedenfalls hat die reaktionäre Presse die Schwindelnachricht für ihre Zwecke ausgebeutet und versucht, noch weiter Gift daraus zu saugen. Die Post versichert im Anschluß daran, die „Linksradikalen“ hätten die Absicht, die Reichstagswahlen am 6. Juni gewalttätig zu verhindern, erst wenn das ihnen gelinge, wollten sie einen weiteren bewaffneten Zustand für Mitte Juni vornehmen. Es folgte mit dramatischer Gebärde die Frage, was die Regierung tun wolle, um den ruhigen Abgang der Wahl zu sichern, d. h. es wird gegen die

Beseitigung des Belagerungszustandes Stimmung gemacht und die Reichsregierung ist ja auch prompt so eingeschwenkt, wie die Reaktion es will.

Die Militärs treffen bereits ihre Vorbereitungen zum „Schutze der Wahlen“. Unser Parteiblatt in Erfurt, die Tribüne, gab in einer ihrer letzten Nummern folgendes bekannt:

„... Gestern, Donnerstag, traf ein kleines Kommando der Brigade Haas aus Essen in Erfurt ein, das mit dem Nachschneitzug nach Stuttgart weiterfuhr und dort heute früh um 8 Uhr eintrifft! Das Kommando hat den Befehl, die in Stuttgart zu verbleibenden Geschäfte nach Döberitz bei Berlin zu geleiten. Auf die Frage, woher sie kommen, erklärten sie: „Aus Essen!“ Dort hätten sie eine schwere Zeit gehabt, sie seien froh, sie hinter sich zu haben, denn dort sei es toll zugegangen, „immer die Knarre schuhfertig in der Hand“ — und nun habe sie die Regierung schon wieder nach Berlin angefordert. „Was ist denn in Berlin los?“ fragte unser Gewährsmann. „Da gibts bei den Wahlen am 6. Juni wieder großen „Klamauk!“ Sie, die Württemberger, müßten eben die Spartakisten in Preußen zur Ordnung bringen! Im Ruhrgebiet hätten sie's ihnen gründlich besorgt und mit den Berliner Großkapitänen wollten sie auch fertig werden! Das werde aber die Nationalversammlung wohl nicht zulassen, erlaubt sie unser Gewährsmann dazwischen zu bemerken, aber da hatte er offenbar die Saiten angeklagen, auf die die braven Württemberger vermutlich in Instruktionen besonders eingespielt waren. Sie ergingen sich in wüsten Schimpferien gegen die Nationalversammlung.“

Die Württemberger sollen also die regierungstreue „rote Brigade“ verstärken, die in Döberitz zum besonderen Schutze der Regierung zusammengestellt worden ist. Was es mit dieser Regierungstreue auf sich hat, zeigen diese Neußerungen. Im Lager zu Döberitz wird eine Truppe zusammengestellt, die offenbar ein vorzügliches Mittel zur Durchführung eines neuen Rapp-Putschers bilden wird.

Die Regierung spielt aus Schwäche oder Unverstand das Spiel der Reaktion. Die Arbeiterschaft muß bei den Wahlen dafür sorgen, daß diese traurige Wirtschaft endlich aufhört!

### Eine Kundgebung der Berliner Arbeitslosen 400 Mark Teuerungszulage gefordert.

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Gestern nachmittag fanden im Anschluß an große Versammlungen der Arbeitslosen Demonstrationen im Zentrum Berlins statt. Die Arbeitslosen versammelten sich gegen 2 Uhr in der Wilhelmstraße. Ihre Deputationen verhandelten mit den zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium und im Reichsarbeitsministerium, da die betreffenden Minister nicht anwesend waren. Die Referenten sagten den Deputationen die Prüfung ihrer Forderungen, die sich auf eine einmalige Teuerungszulage von 400 M. belaufen, zu. Die Deputation erklärte sich mit dieser Zulage vorläufig befriedigt. Die Demonstration verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.

### Die Wahlen unter dem Belagerungszustand

Berlin, 19. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts berichtet über eine Unterredung einiger Mitarbeiter mit dem Berliner Polizeipräsidenten Richter. In dieser Unterredung über die Aufhebung des Belagerungszustandes erklärte der Berliner Polizeipräsident: „Niemand behauptet mehr als ich, daß der Standpunkt der gänglichen Ueberfälligkeit des Ausnahmezustandes bei der entscheidenden Reichsstelle, der ich unterstehe, nicht durchgedrungen ist. Als Zivilkommissar und Polizeipräsident muß ich mich selbstverständlich der Entscheidung des Reichsministeriums des Innern fügen. Aber ich erkläre, solange ich diese Funktionen bekleide, wird in Berlin und Brandenburg, sofern keine wirklichen außerordentlichen Verhältnisse eintreten, keine einzige Maßnahme auf Grund des Belagerungszustandes getroffen werden.“

Der Vorwärts begrüßt diese Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten und empfiehlt dem demokratischen Reichsminister Dr. Koch, die politische Vergangenheit einzelner seiner unmittelbaren Mitarbeiter und Ratgeber zu studieren, die am Fortbestand des Belagerungszustandes ein ebenso großes Interesse haben könnten, wie wir an dessen Aufhebung.

### Vorladung der Kriegsverbrecher vor das Reichsgericht.

Berlin, 19. Mai. (L. U.) Die in der kürzlich überreichten Liste des Verbandes der Kriegsverbrecher beschuldigten Personen sind, wie nach dem Berliner Tageblatt verlautet, vom Oberreichsanwalt in der Zeit vom 7. bis 30. Juni zur Vernehmung nach Leipzig geladen worden.

### Die Nishöhlen der Radaureaktion.

H. E. Manchen, der wegen der schlechten Auswahl seiner Eltern nicht „in Arlaben geboren“ wurde und der die deutschen Unversitäten nur vom gelegentlichen Umzug der Burshen und Fische im bunten Wäls durch die Straßen her kennt, begreift vielleicht nicht ganz, wie so es kommen konnte und geradezu kommen mußte, daß heute die sogenannten „hohen Schulen“ die hervorragendsten Bruststätten und Kultempel des krafftigen Nationalismus nach außen und des stumpfsinnigsten Rückwärtsstretzens nach innen in Deutschland geworden sind. Niemals ist diese Tatsache so rufbar geworden als heute, da Studieren und Putsch, Mufensohn und Versammlungsraubi, Hörsaal und Kostentafelne fast kongruente Dreiecke und verschiedene Bezeichnungen für dieselben Begriffe geworden sind. Nachgerade wird ja in der Tat das, was sich täglich im Um- und Dunstkreis der deutschen Unversitätskatheder abspielt, zum Nationalstandal, der zum Himmel stinkt. Studentchen, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind, bereiten unter hehendem Jurist ihrer Professoren dem Eisenermäderer Arcs eine willste Doaktion, als er vom Gericht im Auto zur Festung befördert wird. Die Brillengläser einer sogenannten „Wissenschaft“ sprühen fanatischen Haß gegen einen Professor vom Rang Nicols, einfach weil es bei ihm als bürgerlichem Pazifisten einen Zeitpunkt gab, nach dem er den verlogenen Kriegsrummel der Vaterlandspartei nicht mehr mitzumachen imstande war. Der rechtssozialistische Professor Singheim er wird an der Frankfurter Unversität ausgepfiffen, mit faulen Eiern beworfen und ihm die weitere Sabotage an allen seinen Vorlesungen von kaum zwanzigjährigen Schnobdels offiziell angekündigt — und das ohne jeden Protest seiner Kollegenschaft —, weil den Fakten mit den Schmissen und Ohrfeigengeschlethern offenkundig „die ganze Richtung nicht paßt“. Der Philosoph und Mathematiker Einste in wird nur, weil er Jude und deshalb kein „völkischer“ Radaupatriot ist und weil er ferner als Mann von Geist sozial genug denkt, das Wissen nicht für eine Pachtanlage des dicken Portemonnais mit Fuhangeln und Selbstschüssen zu halten, von den nationalen Studiern geschnitten und boykottiert, denselben Deutschen, die, geistig und moralisch gewertet, nicht gut genug wären, Stiefelpußer bei diesem Manne zu werden. Der sicherlich nicht barrikadenbauende Demokraten-Professor Goeck in Leipzig, der Sohn eines Mannes, der die deutsche Krieger- und Turnvereinskultur nach Kräften mit hat fördern helfen und der nur selber klug genug ist, hin und wieder den bunten Lappen einer republikanischen Frage um seine echte und aufrichtige Bürgerlichkeit und ungewisselhaft staatsverhaltende Gesinnung zu wickeln, schon weil er das den Traditionen seines größeren Vorgängers Lamprecht glaubt schuldig zu sein — er wird vom Vorlesenden des Leipziger Studentenausschusses in einem Briefe angegriffen wie ein Landsturm-Rekret von seinem Feldwebel in Deutschlands „größter Zeit“. Denn er hatte bekanntlich die Leipziger Selbstfreiwilligen Musterknäbchen in den Rapp-Tagen nur ein klein wenig und nur im allerersten Anfang zur Besonnenheit ermahnt, obgleich diesen selbst noch zu dieser Stunde mitamt dem Bürgerium angefaßts des hellen Jorns des Prophetariats das gut lappilisch gefante Herz ziemlich tief in den Hosenboden gerutscht war; er hatte die Heldensöhne eben schwach gesehen und nun diese seine Beobachtung in vorfichtige Worte gefaßt — o furchtbarer Frevel am nationalen danken!

Kurz und gut, diese und ähnliche nationalstiftischen und reaktionären Standale sind seit Wochen und Monate im akademischen Leben gang und gäbe. Das Bürgerium, soweit es noch einen Funken freihheitlichen Gefühls bewahrt hat, duckt sich dabei und schweigt, anstatt zum Rohrstod zu greifen. Der in der Provinz irgendwo vielleicht demokratisch wählende Vater sperrt nicht den Monatswechsel, obgleich sein hoffnungsvoller Bengel in der Unversitätsstadt alles tut, um Deutschland zu einer Kultur des Balkans zu verhelfen. Offizielle Werbebureaus der reaktionärsten Truppenkörper benutzen die von der Republik bezahlten Burvas der akademischen Behörden. Die studentischen Verbände stiften Hunderttausende für die Agitationsfonds der Recht-Extremen. Die Korporationen selbst „üben“ Schlepperdienste für die „nationalen“ Parteien schon seit Wochen. Die sogenannten „Aulören“, die farbentragenden und am kindischen Anzug des akademischen Messerstechens (genannt Mensur) festhaltenden Studentenvereine, die von jeher aller freieren Regung und sogar jeder höheren Regung des Verstandes über Bierkomment und Wirtinnenverfe hinaus absolut unzugänglich waren, haben einen Zulauf, der im umgekehrten Verhältnis zu ihrem früheren Mitgliederchwund steht. Die bunten Mägen und abtenden Ohren versuchen, in dem Innern der Städte wieder die Straße zu behaupten. In einer Zeit, da der größte Teil des Volkes nicht weiß, was essen und



wohnt werden, progen sie im Zweifelsfall aufstrebend und herablassend auf die Plebs sehend. Ist es ein Wunder, (zumal wenn niemand diesem Stand ein Ende macht, am allerwenigsten die akademischen Senate und Professorenzirkeln, die im Gegenteil zu allem diesem großen Unfug Weisheit klatschen und noch dazu entsprechende heilige Juxta im Hirsaal liefern), daß es da einmal zu Zusammenstößen mit der Arbeiterschaft kommt, wie jetzt in Breslau, und wenn dabei einige der händelgeschmückten Herren ein paar blaue Flecke und heftig geschwollene Nasen mit nach Hause tragen? Man sagt sich an den Kopf und fragt sich verzweifelnd, wie J. A. der Romanschriftsteller Strobl, der bei aller nationalitätlich-alleindeutscher Boreingenommenheit immerhin ein Kopf ist, in einer führenden deutschen Kulturzeitschrift kürzlich die wüsten Kaufereien der Prager deutschen Studenten mit dem ideologischen Klebblutgermoß der Solofvereine als nationale Heldentaten feiern kann, von deren Ruhm der deutsche Name noch Jahrhunderte zehren könnte, wenn es nach Strobl ginge. Aber so wird systematisch von den „Geistigen“ des alten Deutschlands noch geschürt und gepredigt, was an traurigem Provokationsmaterial schon an sich in der Studentenschaft vorhanden ist. Die Reaktion schäft sich durch Schrift und Rede in den Universitäten Reservats der Bruchgewalt nach ungarischem Muster, Kasernen der weißen Terroristen, die jederzeit zur Verfügung stehen, wenn man sie braucht. Einem zweiten Ungarn wird für Deutschland an den hohen Schulen der Boden bereitet. Das ist der tiefere Sinn des in die Augen springenden geistigen und moralischen Verfalls der deutschen Pflegsstätten der Wissenschaft.

Wer sich um das studentische und akademische Leben nicht erst seit gestern gekümmert hat, den kann diese Entwicklung und können diese bereits bestehenden Tatsachen nicht überraschen. Dumm und dreist und gottesfürchtig wie die Blige vom unpolitischen Offizierskorps war ja immer auch die Blige vom unpolitischen deutschen Studentenium, wenigstens soweit es durch den Zusammenstoß in den Korporationen größeren Einfluß auf den besondern Untertauschnitt hatte. Der blödeste Antisemitismus herrschte schon früher in allen diesen Verbänden, vom Korps bis zur Burschenschaft, und führte bereits in den achtziger Jahren bei letzterer zu einer allerdings ziemlich unbedeutenden und stark verwachsenen Epaltung. Der wüdeste Nationalismus und Radaupatriotismus war immer das Evangelium der bunten Blige gewesen; jeder Ausländer galt kurzerhand mit klebender Bezeichnung als „Balkanischwein“ und der Ansturm gegen den internationalen Charakter der Wissenschaft und ihrer Lehrmethoden, insbesondere gegen das Ausländerstudium, hatte vor dem Krieg fast in jedem Jahr zu Schwierigkeiten und Vorkäufen an den einzelnen Universitäten geführt. Preußen und seine Kasernenkultur hatte mit der Bismarckischen Herrenmenschenpolitik längst vor dem Krieg auch auf den Universitäten gesiegt. Das Korps war Trumpf, das Monotel Symbol für denselben Studenten, der noch Anno 48 auf den Barrikaden gestanden hatte und so etwas wie ein revolutionäres Warburgschloß alljährlich feierte. Aus der Kneipe ward ein Kasino mit seiner ganzen verkommenen und veräußerlichten Moral. Wer in Couleur einen Bückling kaufte oder mit der „nicht standesgemäßen“ Straßenbahn fuhr, galt als Lump; wer aber einen saberscheitigen Eid im semesterlichen Alimantationsprozeß gegen die verführte Arbeitermutter leistete, blieb ein Ehrenmann. Dieselbe Entwicklung von der Barrikade zur Staatsklippe, vom streitlustigen Revolutionär zum fatten staatsrechtlichen Bourgeois, von der Partei Robert Blums zur nationalliberalen, um Bismarcks Wenzersauf rotierenden Drehscheibe, die das Bürgertum mit sich selbst durchgemacht hatte, drückte sich auch im studentischen Leben aus. Hier sogar kräftiger und schärfer umrissen, weil der Schauplatz der Erscheinung kleiner, die von der Entwicklung Getragenen und Getriebenen noch jugendlich aktiver und lebhafter in den Geistes waren. Und so wird auch heute noch, wird gerade heute auf der akademischen Stundabühne, nur gespielt, was die innerste Seele des Bürgertums bewegt. Es ist Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut. Im Aberglauben über den ausschlaggebenden wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Universität nur ein hervorstechender Punkt. Den Siegeszug der Bourgeoisie im Hohenzollern-Deutschland ist die Universität mit Ideen und Moral und Aussehen mitgezogen und jetzt treibt sie mitten drin auch im Bankrott dieses Bürgertums, den sie selbst ausdrückt durch die Verkommenheit ihrer sittlichen Kultur, den Verfall jeder wissenschaftlichen Denkart, das Umsichschlagen mit terroristischen Brutalitäten und reaktionären Geistesknippen, als da sind Antisemitismus, Antisozialismus, Chauvinismus und wie die Fieberideen eines wirtschaftlich und politisch Sterbenden alle heißen.

Es kommt hinzu, daß sich gerade jetzt, nach der Revolution, ein besonders reaktionärer neuer Sauerleig dem alten angefügt hat. Die fänglichen Berufsoffiziere des ehemaligen Militarismus verhalten sich in den sogenannten akademischen Berufen ihre durch die wirtschaftliche Niederlage vernichtete Existenz neu aufzurichten. Besondere Geisteskräfte waren es durchschnittlich nicht, die sich früher vom Gymnasium getrennt, ihre Lebensaufgabe in der öden Schindarbeit des Gergierplatzes gewöhnt und sich im „Junten Rod“ mehr gebüht hatten, als ihre Brüder. Um so größer also auch ihre politische Borniertheit, die sich heute paart mit der blinden Wut auf die Republik, die ihnen als die Mörderin ihrer Vorrechte und Privilegien und somit als die höchstmögliche Steigerung alles Bösen erscheint. Und diese Wut wird um so größer, je mehr diese Entwürfen des Militarismus erkennen, daß ihr Geist, ihr Leben auf Dauerbaum und Schiefstand eingestellt, selbst zur Erfüllung bescheidener akademischer Examenansprüche nur schwer noch ausreichten will. Aber was ein Professor und Universitätslehrer von Rang sogar eines Dubois-Reymond einmal öffentlich sagen konnte, daß die deutschen Universitäten sich nur „als die geistigen Leibwachen der Hohenzollern“ hielten, sich und seinen Stand und seine Wissenschaft mit dieser Speichelkererei profilierend, das gibt ihnen um so fester im Schädel. Denn die Universität, ihre Lehrer- und Hörerschaft hat seit 70/71 durchschnittlich nie anders gedacht. Sie läßt sich also auch die Verstärkung der eigenen angeborenen reaktionären Instinkte durch die besondere Geistesverfassung a. D. gestärkt und nun „kühlerender“ Leutnants und Mitmeister gern gefallen. Der reaktionäre Charakter der heutigen deutschen Universität wird mit Zustimmung der Beteiligten gern unterzogen. Lieber zu viel als zu wenig!

So steht also das Zerbröckeln von wissenschaftlicher Ehrlichkeit aus, das sich heute den Reizgenossen als die Hüterin des göttlichen Promethenstentens Wissen darbietet. Das Proletariat wird in seinem Klassenkampf auch diese Veräußerung des wissenschaftlichen Lebens radikal zu beseitigen haben. Noch mehr aber: Es wird schließlich darauf geübt sein müssen, daß aus jenen Blig-

blöden der Reaktion der Arbeiter- und Studentenbewegung weisse Terror seine Kräfte ausstrecken wird, wenn die Konterrevolution ans neue ihre Stunde für gekommen empfindet. Arbeiter, seid gewarnt!

### Die Dresdner Studentenorgie.

Nach Mitteilungen fand am Sonntag, Montag und Dienstag in Dresden ein außerordentlicher Studentenitag statt, der von 70 Hochschulen mit 136 Vertretern besucht war. Mit dem Titel „Deutschland über alles“ wurde die „Tagung“ eröffnet. Am Abend wurde ein die Revolution lächerlich machendes Theaterstück gegeben. Die Verhandlungen selbst arteten in eine wüste antisemitische Debatte aus. Sie endeten mit dem lächerlichen Beschluß, daß die deutsche Studentenschaft die vor dem August 1914 naturalisierten Juden als „deutsche Staatsbürger anerkennen“ will! Am Montag redete man über die Ostfrage und über Hochschulpolitische Forderungen. Sodann wurde gegen die Verwendung der schwarzen Truppen protestiert und beschlossen, diesen Protest auch an alle ausländischen Hochschulen, mit Ausnahme der französischen, abzugeben. Auf der Tagesordnung vom Dienstag stand die Annahme des endgültigen Studentenschaftsprogramms.

### Bürgerrat und Einwohnerwehr.

Die gestern von uns gekennzeichneten Mächte für die Organisation des „Ordnungsbundes“ in Sachsen sind den Reaktionsären noch nicht reaktionär genug. Der Bürgerrat Dresden läuft deshalb mit einem an das Ministerium des Innern gerichteten Schreiben Sturm dagegen.

Vor allen Dingen hat es den Reaktionsären die Bestimmung angetan, daß der Ordnungsbund nur auf Beschluß der Gemeindevorstände und Leben treten darf. Sie fürchten, daß damit die Gemeinderäte und Stadtverordneten-Versammlungen gemeint seien. Ist diese Annahme aber richtig — so heißt es in dem Schreiben —, dann wird unter der freiesten Verfassung der Welt, die wir angeblich haben, das Notwehrrecht der Bürgerwehr gegen Mord und Plünderung davon abhängig gemacht, daß die Mehrheit der Gemeindevorstände seiner Annahme zustimmt. Besteht diese Mehrheit, wie das bei uns häufig der Fall ist, aus Angehörigen der sozialdemokratischen Weltanschauung, ist es also in die Hand der Sozialdemokratie gegeben, der Bürgerwehr dieses Menschenrecht zum Widerstande gegen Verbrechen zu nehmen. Wir bitten deshalb, die beteiligten Gemeinden darüber belehren zu wollen, daß keinesfalls die Bildung von Einwohnerwehren durch die Gemeindevorstände unterlag werden kann, und müssen uns vorbehalten, gegen solche ablehnende Entschlüsse im Rechtsmittelwege vorzugehen.

Das Schreiben zeigt mit aller Deutlichkeit die elende Heuchelei des Bürgertums. Solange dies die Mehrheit als den Ausdruck des Volkswillens behauptet, soll das Parlament und sollen seine Beschlüsse als höchstes Gebot gelten. Verstöße gegen sein Diktum werden als Hochverrat gewertet. Wenn aber die Arbeiterschaft die Mehrheit errungen hat, dann wird ganz unverblümt nach der Diktatur der Minderheit mittels roher Gewalt geschritten, dann wird auf einmal die Bewaffnung des Bürgertums als ein Notwehrrecht bezeichnet, das überhaupt niemand etwas angeht. Ob wohl die Deutschen wissen, daß sie mit ihren „Gründen“ auch die Bewaffnung der Arbeiterschaft unbekümmert um den Willen der Staatsorgane ungewollt rechtfertigen? Denn was den Einen recht ist, muß den Andern selbstverständlich billig sein. Und wenn sich die Arbeiterschaft bewaffnet, um gegen die Angriffe der Rechtsputzschiffen auf die Verfassung gewappnet zu sein, dann hat sie noch immer das größere moralische Recht, das größere Notwehrrecht dazu.

Weniger Sorge scheint den Reaktionsären die Bewaffnung des Ordnungsbundes zu machen. Das wird erklärlich, wenn man weiß, daß dank der Laufzeit der Regierung das Bürgertum sich im Besitz großer Mengen von Waffen und Munition befindet.

Das Schreiben des Dresdner Bürgerrates zeigt, wie außerordentlich stark sich das Bürgertum stellt. Nicht zuletzt sind darum die Regierung und die Rechtssozialisten schuld, die durch ihre verkehrte Politik zur Stärkung dieses Kräftegefühls außerordentlich viel beigetragen haben.

### Der Parlamentarismus der K. P. D.

Endlich eine „Aufklärung“.

Bisher war es unendlich schwer, von Seiten der Kommunistischen Partei, die sich ja nun an den Wahlen beteiligt, eine Aufklärung darüber zu erhalten, wie sie sich nun ihre Wirksamkeit innerhalb des Reichstages denkt. Bis vor wenigen Tagen noch galt die Parole als feststehend, daß man durch revolutionäre Obstruktion den Wut der Reaktion von innen unterminieren und sprengen wollte. Eine greifbare Vorstellung war damit kaum verbunden; aber es klang nun einmal wahrhaftig revolutionär und das schloß, vorläufig wenigstens, den meisten KPD-Leuten zu genügen. Nun scheint sich aber in letzter Zeit die Leitung der Partei doch hinneigen zu haben, um festzustellen, welchen positiven und sachlichen Inhalt man endlich der Parole über die Art der parlamentarischen Tätigkeit der Kommunisten im bürgerlichen Parlament geben sollte. Und da ist man nun, wie es scheint durchgehend, zu einem überraschenden Resultat gekommen: Die KPD. wird positiv im Parlament mitwirken und nicht nur Obstruktion treiben. In Leipzig hat man das schon vor einigen Tagen aus dem Munde der Clara Zetkin zum allgemeinen Erfreuen vernommen; es wird aber jetzt bestätigt durch folgende grundsätzliche Auslassung des in Chemnitz erscheinenden kommunistischen Kampfers (Nr. 57, 3. Jahrgang) in einer Polemik gegen die rechtssozialistische Chemnitzer Volkstimme.

Die Volkstimme ist schamlos genug, uns vorzuwerfen, wir würden gegen Verbesserungen stimmen. Diese veräußerliche Kampfesart richtet sich von selbst. Wir werden selbstverständlich jede Verschönerung der Lage des Proletariats durch das Parlament zu verhindern versuchen. Aber wir werden andererseits auch jede kleine Verbesserung, die von der Sozialdemokratie mit allen Tönen als sozialistische Erzeugnisse gepriesen wird, gebührend kennzeichnen. Wir werden den Massen sagen, daß diese Reformen nur dazu angetan sind, das Leben des Kapitalismus zu verlängern und damit auch die Leiden der Arbeiterklasse. Das ist eben der fundamentale Gegensatz zwischen uns und der Sozialdemokratie, daß wir eine revolutionäre Partei sind, die nicht mit Palliativmitteln am Kapitalismus herumdoktern will, wie die Sozialisten und Ueberintendanten mit der Bourgeoisie, zum Sozialismus kommen will. In einer revolutionären Epoche handelt derjenige konterrevolutionär, der mit Mitteln einer friedlichen Epoche die Arbeiterklasse befreit will.

Clara Zetkin drückte denselben Gedanken in einer Leipziger Versammlung etwa so aus: Wenn die Arbeiter nicht zum Parlament kommen, wird das Parlament zu den Arbeitern kommen, und zwar in Gestalt schmerzlicher Gehege. Dessen Zustandekommen zu verhindern ist natürlich unsere revolutionäre Pflicht.

Es fragt sich nunmehr nur noch, was denn nun eigentlich einen Kommunisten von einem Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie, die allmählich Schritt vor Schritt, durch Verhandlung-

demokratie unterscheiden soll, die ja doch auch niemals ein Teil daraus gemacht hat, daß mit parlamentarischen „Palliativmitteln am Kapitalismus“ unendlich die Frage der Revolution gelöst werden kann. Es ist niemals von der Unabhängigen Sozialdemokratie die Lösung ausgegangen worden, daß die Wirksamkeit im Parlament das Mittel der Arbeiterschaft sei. Nur haben wir allerdings von jeher, und nicht erst jetzt gestern wie die KPD, den Standpunkt vertreten, daß dem kämpfenden Proletariat als Mittel zur Führung seines Klassenkampfes recht sein müssen, auch das Mittel des parlamentarischen Kampfes, selbst wenn dieses unter Abzug seines propagandistischen Wertes nur darauf zielt, eine weitere Schwächung der Kraft der Arbeiterklasse durch reaktionäre Gehege zu verhindern. Wer aber reaktionäre Gehege verhindern will, muß selbst sachliche Gegenvorstellungen machen können, wenn anders seine Tätigkeit nicht als lächerlich und illusorisch bezeichnet werden soll. Sind wir aber so irgenbann mit diesen unsern Vorstellungen, die niemals die Bahn unserer sozialistischen Grundzüge zu verlassen brauchen und auch nie verlassen haben, durchgedrungen, so ist es keinem Menschen der KPD, eingefallen, das als revolutionäre Großtat zu feiern. Wir haben aber auch keine Verantwortung zu verschweigen, wenn wir durch unsere sachliche und grundsätzliche Kampfführung im Parlament z. B. im vorigen Sommer das größte Unglück, nämlich einen drohenden neuen Krieg, vom deutschen Proletariat ferngehalten haben. Und wir möchten die kommunistischen Parlamentarier sehen, die solche erfolgreiche Arbeit im Parlament verschmähen und in starrer Brust verschließen würden, wenn ihnen beschieden wäre, im neuen Reichstag so erfolgreich ohne Preisgabe des grundsätzlichen Marxismus für das Proletariat den Kampf zu führen, als ihn die Unabhängigen Sozialdemokratie geführt hat. Die KPD. wird sonar dazu gar nicht in der Lage sein, und zwar, weil sie — und das ist ihre schwere Schuld — im Parlament selbst mit einer Ziffer erscheint, die nach Lage der Dinge zur parlamentarischen Kampfarbeit wahrscheinlich viel zu klein sein wird. Dadurch zerbröckelt sie aber die Stofkraft des Proletariats in seinem Klassenkampf gerade dort, wo er nach Ansicht der Kommunisten ja ebenfalls intensiv geführt werden muß, im Parlament. Nach unserer Ansicht wird aber derjenige konterrevolutionär, der ohne Not die geschlossene Kraft der Arbeiterschaft aus Eigenbrödel oder aus irgendeinem andern nicht zwingendem Motive heraus zerpfückt.

Wir fragen angesichts der nunmehr erfolgten klaren Entscheidung des Chemnitzer Kommunistenrates um parlamentarischen Problem noch einmal: Wie denkt sich der Kommunist noch von einem unabhängigen Sozialdemokraten zu unterscheiden, es sei denn durch die Tatsache, daß er Wert auf seine eigene Wirksamkeit legt?

### Rühle über den Walfallderschwind in der K. P. D.

In einer Chemnitzer Versammlung gab der KPD-Vorherr Rühle, der nunmehr als einer der reaktionärsten Doyen der KPD. in dieser in schmerzlichen Kampfe steht, bekannt, daß die kommunistische Partei (Spartakusbund) in ganz kurzer Zeit von 150 000 Mitgliedern heruntergekommen sei auf 30 000, die mehrheitlich heute auch nicht mehr vorhanden seien. Er führte das zurück auf die Parole der Walfallderschiffung. Rühle hat lange genug der KPD. angehört, um über deren Organisationsbestand unterrichtet zu sein. Wir müssen ihm die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Angabe überlassen.

### Der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft.

Mit jedem Tag wird dem deutschen Volk die Erkenntnis mehr eingeschärft, daß die Privatwirtschaft bankrott ist, sie kann die Bedürfnisse der notleidenden Massen nicht mehr befriedigen. Wir berichteten vor einigen Tagen, daß die Unternehmer Schuh- und Lederfabriken schließen und Arbeiter entlassen, weil ihnen kein genügender Profit mehr winkt. Zu jenen Meldungen kommt nun noch eine neue aus der Pfalz, die den Bankrott der Privatwirtschaft noch deutlicher macht, sie lautet nach dem L. T.:

„Die Lage in der hiesigen Schuhindustrie hat sich außerordentlich kritisch gestaltet. Die Pfälzer Schuhfabriken sind mit Millionen fertiger Schuhe angefüllt, ohne daß seit Wochen irgend ein nennenswerter Absatz zu verzeichnen war. Infolge dessen mußten Notverkäufe vorgenommen werden, wodurch außerordentliche Verluste entstanden und viele Fabriken in Zahlungsunfähigkeit gerieten. Hier große Schuhfabriken haben heute den Konkurs eröffnet, zwölf weitere Fabriken haben die Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen müssen. Auch aus andern Industriezweigen der Pfalz, des Rheingaus und Thüringens wird von einer ersten Krise infolge der völligen Störung des Geschäftsganges gesprochen. Umfangreiche Arbeiterentlassungen stehen bevor und verschiedene große Werke, namentlich in der Leder-, Möbel- und Glasindustrie, stehen vor Zahlungsunfähigkeit.“

In den Pfälzer Schuhfabriken sind Millionen Schuhe angehäuft und große Teile des Volkes laufen barfuß, weil sie den Preis für Schuhe nicht erschwingen können. Das ist die vorläufige bürgerliche Gesellschaftsordnung, die erhalten bleiben muß.

### Ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Der Ausschuss für Volkswirtschaft nahm gestern eine Verordnung an, die die Errichtung eines Reichsamtes für Arbeitsvermittlung über die Errichtung eines Reichsamtes für Arbeitsvermittlung an. Nach § 1 der Verordnung wird zur Beobachtung und zur einheitlichen Regelung des Arbeitsmarktes ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung errichtet. Dem Reichsamt liegen unter anderem folgende Aufgaben ob: Die Beobachtung des Arbeitsmarktes und die Herausgabe laufender Veröffentlichungen über seine Lage, ameis Anbahnung eines Ausgleichs von Angebot und Nachfrage zwischen verschiedenen Gebieten und Berufen; im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden die Aufsicht über alle Einrichtungen, die für die Zusammenfassung der Arbeitsnachweise anderer Gebiete bestimmt sind, sowie die Aufsicht über Arbeitsnachweise jeder Art und über die gewerbmäßige Stellenvermittlung; die Regelung der Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer; die Durchführung der Maßnahmen, die zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden; Sammlung der Tarifverträge und ihre Auswertung; die Beobachtung der Entwicklung der Berufsvereine von Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Das Reichsamt wird ermächtigt, mit Zustimmung der obersten Landesbehörden seine Aufgaben und Befugnisse auf Arbeitsnachweiseinrichtungen zu übertragen und zu bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihm erlassenen Bestimmungen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeiter mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft werden.

### Eine Antwort der Reaktion an die Regierung.

Wir berichteten gestern über einen Erlaß des Reichsministers des Innern über die Handhabung des Ausnahmestandes während des Wahlkampfes. Darn „erlaubt“ der Reichsminister „erbenst“, von Versammlungs- und Zeitungsverboten unbedingt abzuweichen. Wie die reaktionären Machthaber in Bayern über dieses „erbenst“ Erstaunen denken, zeigt die folgende Meldung aus München:

Die Beschwerde gegen das Verbot des Hauptorgans der bayerischen Unabhängigen „Der Kampf“, die seit 14 Tagen abhängig war, ist nunmehr verworfen worden. Die Unabhängigen haben gegen diese Entscheidung einen Protest gegen die bayerische Regierung gerichtet mit der Verbindung, daß das Verbot des Blattes eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit bedeute und die Handhabung zur Aufhebung der Gültigkeit der Wahlen für den Reichstag und auch den Landtag diene.

Was wird nun die Regierung in Berlin tun, wenn sie auf ihr Ersuchen von den Reaktionsären berartige Antworten erhält?



## Sinnlos als deutscher Zeitungsherr.

Auf der Düsseldorf-Tagung des Augustinussyndikats hat der Postminister Giesberts u. a. mitgeteilt, daß der Sinnloskongress bereits 64 deutsche Zeitungen und sechs Verlagsfirmen aufgekauft habe.

Diese Unterstellung eines großen Teils der deutschen Presse unter das Kommando eines Großkapitalisten ist auch ein Beitrag zu dem Kapitel vom Wert der formalen Demokratie. Der Kapitalist erhält durch den Besitz der Zeitungen die Möglichkeit, täglich die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen und die Volksmeinung zu fälschen. Gestützt auf seine wirtschaftliche Macht, ist er durch die ihm unterstellte Presse auch einen starken politischen Einfluß aus. Das Beispiel zeigt drastisch, wie wenig dem Volke die bloßen politischen Freiheiten und die formale Gleichberechtigung nützen, wenn nicht zugleich die ökonomische Macht der Kapitalisten gebrochen und damit erst der politische Einfluß und die geistige Herrschaft des Kapitalismus über das Volk beseitigt werden.

## Die Streikbewegung in Frankreich.

### Abbruch des Streiks?

Paris, 18. Mai. Der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail erklärt, daß er keine weiteren Verabredungen zum Streik mehr anrufen werde und daß die Entscheidung über die Bewegung nunmehr bei dem konföderalen Nationalrat liege, der Mittwoch zusammentritt.

Paris, 18. Mai. Nach heute vorliegenden Havasmeldungen scheint seit gestern der Streik in ganz Frankreich abgenommen zu haben.

Paris, 18. Mai. Die Gasarbeiter haben heute vormittags beschlossen, im Hinblick auf die Haltung der Delegierten der Eisenbahnergewerkschaft die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

## Das Bolschewisten-Gespinnst — neue Verhaftungen

Paris, 18. Mai. Wie das Journal mitteilt, glaubt der Untersuchungsrichter auf Grund von beschlagnahmten Papieren eine revolutionäre Organisation zur Errichtung einer Sowjetrepublik entdeckt zu haben. In dieser Organisation seien drei Gruppen beteiligt: Das Komitee der dritten Internationale von Moskau, die kommunistische Partei und die kommunistische Föderation der Sowjets. Diese drei Gruppen hätten untereinander in Verbindung gestanden, und der Untersuchungsrichter glaubt, daß eine Anzahl führender Persönlichkeiten an der Entwicklung des Eisenbahnstreiks nicht unbeteiligt sei. Auf Grund dieser Entscheidung sind die gestern gemeldeten Verhaftungen erfolgt. Unter den Verhafteten befindet sich der Sekretär der Sowjetföderation Tchourg, der Literaturprofessor Chauvelon sowie die bereits gestern genannten Souvarine und der Geschäftsführer der Die Quilere Kittenberger.

Paris, 18. Mai. Der Sekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner Lévesque ist heute verhaftet worden.

Paris, 17. Mai. (Havas.) Am Montag wurde der Redakteur des Journal du Peuple und des Populaire, Souvarine, verhaftet. Die bei Souvarine vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Beschlagnahme zahlreicher Dokumente und einer umfangreichen Korrespondenz mit der Schweiz und Holland. Souvarine, der 1893 in New geboren ist, ist des Vergehens gegen die Sicherheit des Staates und anarchistischer Umtriebe angeklagt.

## Der Streik vor der französischen Kammer.

Paris, 18. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Verwaltung der französischen Eisenbahnen dem Ausschuß für öffentliche Arbeiten überwiesen. Das Haus trat dann in die Beratung der vorliegenden Interpellationen über den Streik ein. Vier Interpellationen begründeten ihre Anfragen, darunter Durefour (Soy.), der den Streik und die C. G. T. verteidigte. Die Sitzung wurde dann auf morgen vertagt.

## Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 18. Mai. Nach einer Privatmeldung des Temps aus Konstantinopel veröffentlicht die Zeitung Pevanschab die Depesche Temoil Pascha über den Friedensvertrag mit schwarzem Rand. In dem Blatt sagt Ali Kemal Pascha, es sei besser zu sterben, als blind, taub und verblümmelt zu leben. Die Zeitung Alambak erklärt, wenn der Vertrag nicht abgeändert werde, sei es schwierig, eine Hand zu finden, die ihn unterzeichne. Die Zeitung Hürri schreibt, die Bedingungen während des Abwartens seien leicht gewesen gegenüber den jetzigen. Der Großvezir habe von Temoil Pascha verlangt, ihm den ganzen Vertrag und die Antwort, welche die Delegation in Brüssel vorbereite, zu telegraphieren; auch die Worte bereits eine Antwort vor, die alsdann mit derjenigen der Delegation in Einklang gebracht werden soll.

H Haag, 18. Mai. Morning Post schreibt in einem Leitartikel: Jetzt, wo der Staat Armenien offen und wehrlos vor den Bolschewisten liegt, ist der Zustand im Osten noch ernstere geworden. Die türkischen Delegierten werden zweifellos den Friedensvertrag unterschreiben, aber wie er durchgeführt werden soll, ist fraglich. Mustafa Kemal Pascha bedeutet in Anatolien eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Enver Pascha steht mit 20 000 fanatischen Anhängern im Kaukasus und findet viel Unterstützung bei den Kurden. Der Einfluß der Russen erstreckt sich bis an den Euphrat und Tigris, und die Bolschewisten werden kein Propagandamittel verschmähen, um ihren Einfluß dort zu verstärken und feindliche Handlungen gegen die Westmächte herbeizurufen.

Paris, 18. Mai. Havas meldet aus Washington, der Senat habe eine Resolution Lodge angenommen, in der erklärt werde, daß nach Meinung des Senats Epirus einhöfentliches Koriza, die zwölf Inseln des Ägäischen Meeres und die Westküste von Kleinasien Griechenland zugesprochen werden müßten.

H Haag, 18. Mai. Wie der Nieuwe Courant aus London meldet, hat der Botschafter von Indien eine Wotschaft an die Wotsamedar in Indien gerichtet, in der er sagt, die Friedensbedingungen für die Türkei seien nach eingehender Betrachtung der mohamedanischen Vertreter aller Länder aufgestellt worden.

## Vom irischen Kampflay.

Boston, 17. Mai. (Reuter.) In Bantay (Irland) sind 2000 Soldaten gelandet, um über die Grafschaft Cork in Irland von fünf englischen Regiments verteilt zu werden. Diese wiederholten sich die Zusammenstöße in Londonderry; Polizei und hundert Soldaten mit einem Maschinengewehr verhinderten erste Exzesse.

Rotterdam, 18. Mai. Laut Times hat am Sonnabend ein Kongress der Sinn Feiner in Mosconnan beschlossen, daß Länderreisen, die nicht hinreichend besetzt sind, den Besätzen fortgenommen werden sollen, im Notfall mit Gewalt. Den Besatzern soll eine angemessene Entschädigung gezahlt werden.

## Strahenkämpfe in Londonderry.

Paris, 18. Mai. Havas meldet aus London: Ueber Zwischenfälle, die sich in der Nacht zum Sonntag in Londonderry (Irland) ereigneten, meldet das wallische Blatt Globe folgende Einzelheiten: Vier Stunden lang wurde in den Straßen von Londonderry gekämpft, wobei ein Wachmeister getötet, ein anderer verwundet wurde. Die Unionisten und Sinnfeiner besetzten zwei Stadtgassen und beschossen sich gegenseitig. Da sich die Polizei zurück-

gezogen hatte, wurden zahlreiche Schaufenster und Ladentüren eingeschlagen. Kurz nach Mitternacht erschienen die mit Gewehren ausgerüstete Polizei wieder auf dem Schauplatz und verhaftete alle waffenragenden Personen.

## Ermordung eines Führers der Sinnfeiner.

London, 18. Mai. (T. A.) Der Hauptplakatier der irischen Sinnfeiner, Dalton, ist durch mehrere Schüsse von einem Unbekannten getötet worden.

## Polen und die Entente.

Nach Mitteilungen des polnischen Gesandten Sarota an Wiener Pressevertreter hat der polnische Minister des Äußeren Bales auf seiner Reise nach Paris, San Remo und Rom bei den letzten Orientationsunterredungen volles Verständnis für Polens Haltung gegenüber Sowjetrußland gefunden. Der polnische Botschafter sei als notwendige Abwehrmaßregel angemeldet worden. Minister Bales habe in Paris und Rom den Standpunkt vertreten, daß Polen keinerlei imperialistische Ziele verfolge. Es wüßte nichts weiter, als die Herstellung der Grenzen von 1772. Der Einmarsch in die Ukraine sei mit ausdrücklicher Einwilligung der ukrainischen Regierung erfolgt. Nachdem die über eine Million Soldaten zählende Armee ihr strategisches Ziel erreicht habe, sei Polen bereit, zu Friedensverhandlungen die Hand zu bieten. In der Danziger Frage werde dem polnischen Verlangen nach Durchführung des Versalles Friedens Rechnung getragen. Günstig sehe auch die Frage Preussisch-Schlesien, wo die polnische Regierung die Aufhebung der dortigen Sicherheitswehr im Abstimmungsgebiet und die Regelung der Kohlenfrage wünsche. Zur Konferenz von Spa würden Vertreter Polens hinzugezogen werden.

## Zur Unterstützung Sowjet-Rußlands.

Mailand, 18. Mai. Die Eisenbahner von Brescia weigerten sich, einen von Frankreich kommenden Zug mit Kriegsmaterial, der nach Bukarest bestimmt war, weiterzuleiten, da es sich um Kriegsmaterial handle, das zum Kampf gegen Sowjetrußland verwendet werden sollte.

## Vorkoch der Bolschewisten nach Persien.

Paris, 18. Mai. Havas meldet, die Times erfahre aus Teheran vom 11. Mai, bolschewistische Truppen hätten bei Astara die persische Grenze überschritten. Die Bolschewisten hätten erklärt, daß sie mit den Persern keinen Streit suchten und daß sie nur den Rückzug der britischen Truppen verlangten.

## Polnische Unruhen in Teschen.

Wien, 10. Mai. (T. A.) In Teschen überfielen die Polen das Schleier-Gelände und demolkerten es. Dann zog die Menge durch die Straßen und plünderte zahlreiche Geschäfte. Schließlich drang sie in das Kreisgericht ein und befreite drei Polen, die dort in Haft waren, weil sie ein Stallgebäude in die Luft gesprengt hätten. Nachdem die Ausschreitungen immer größeren Umfang angenommen hätten, schritt Entente-Militär ein und stellte mit vieler Mühe die Ruhe wieder her. Dabei wurden zwei Polen erschossen und einer verwundet.

## Amerika und die Friedensfrage.

Paris, 18. Mai. Nach einer Privatmeldung des Echo de Paris aus Washington haben die Anhänger Wilson im Senat erklärt, nachdem Wilson die Resolution, die den Friedenszustand mit Deutschland herstellt, abgelehnt haben werde, werde er den Friedensvertrag von Versailles auf neue dem Senat zur Ratifizierung zustellen. Der Senat werde sich aber weigern, ihn vor den Wahlen zu beraten.

## Deutschland.

### Ermordung eines sozialdemokratischen Parteisekretärs.

Stettin, 18. Mai. Der Volkswille meldet aus Altdorf im Kreise Plesch: Gestern abend wurde der sozialdemokratische Parteisekretär Krocet durch Revolvergeschosse so schwer verletzt, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. Der Mord ist von großpolnischer Seite aus geschehen.

### Die katholischen Pfarrer als Vorkämpfer des Zentrums.

Die katholischen Pfarrer von Köln erlassen in der Kölnischen Volkszeitung einen Aufruf, in dem auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen hingewiesen wird. Es handele sich um die Rettung der katholischen Kirche. Es sei darum nicht aller Katholiken, treu und fest zu der altbewährten Zentrumspartei zu stehen. Die Pfarrer besagen und bebauern die Zerstückelung im Zentrum, Köln dürfe nicht die Pfanzentrale einer politischen Spaltung der deutschen Katholiken werden.

Ein Auktionslot zum Deutschum. Der Zweibrücker Vorort Eibsd hatte durch Volksabstimmung Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob die Gemeinde ins Saargebiet fallen oder bei der Pfalz verbleiben wolle. Zur entscheidenden Abstimmung war die Bürgerpflicht zahlreich erschienen. Das Ergebnis der Beratungen war ein einstimmiges Bekenntnis zum Deutschum und der Verzicht, bei Deutschland bleiben zu wollen. Die bisherige Grenzlinienführung hatte das Dorf teilweise unter Verhinderung des Gemeindegrenzen in das Saargebiet einbezogen. Der Ort zählt etwa 1200 Einwohner. Nach vor wenigen Monaten hätte eine große Mehrheit in der Entscheidung in das Saargebiet ihr Heil gesehen, erklärt die Frankfurter Zeitung. — Demnach ist die von Frankreich bekehrte Verwaltung des Saargebietes nicht imstande gewesen, moralische Eroberungen zu machen.

Wiedergefunden. Die Ruzhavener Hochseefischerer Akt.-Ges. hat eine telegraphische Nachricht aus Tromsø erhalten, wonach der Dampfer Senator Schröder, der bekanntlich von Kommunisten nach Archangel entführt worden sein soll, mit sieben Mann der Besatzung in Tromsø an der norwegischen Küste angekommen ist.

Der erste Seimtransport aus Sowjet-Rußland. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Seimtransport mit 400 Reichsdeutschen und 200 österreichisch-ungarischen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjet-Rußland ist am Sonntagmorgen über Narwa wohlbehalten in Swinemünde eingetroffen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Die mexikanischen Wirren.

Amsterdam, 18. Mai. Times zufolge wird aus Mexiko gemeldet, daß General Gonzalez von der Kandidatur auf die Präsidentschaft absieht und daß General Obregon nun als der geeignete Mann angesehen wird. Alle New Yorker Banken haben sich mit den Banken in London und Paris dahin geeinigt, daß der neuen mexikanischen Regierung kein Kredit verschafft werden soll, solange nicht ausreichende Bürgschaften für den Schutz der ausländischen Interessen in Mexiko gegeben werden.

Keine Internationalisierung der Meensburger Zone. Die internationale Kommission erklärte den in Moskau versammelten Vertretern aller Länder, daß sie dem Vorschlag einer Internationalisierung der Zone völlig fernsteht. Der Abzug der französischen Truppen aus Meensburg soll für die Woche nach Pfingsten beab-

tigt sein. Ueber die Zurückziehung der englischen Truppen verhandelt noch nichts.

Kidnelt Volinacés. Nach einer Pariser Meldung hat Volinacés als Mitglied der Untersuchungskommission dem Ministerpräsidenten Millerand sein Kidneltgeheimnis überliefert.

Für den wirtschaftlichen Anschluß Italiens an Deutschland. In St. Johann wurde ein großer Volkskongress veranstaltet, bei dem eine vom Landeshauptmann Schroll vorgeschlagene Resolution, die den sofortigen wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland verlangt, unter großem Beifall angenommen wurde.

Annahmlos Freischaren vor dem Zusammenbruch. Der Kaiserlicher Zecolo meldet aus Blume, daß die Freischaren Annahmlos vor dem Zusammenbruch stehen. Von 20 000 Freischauern, die in Blume eingezogen sind, seien nur noch 3000 übriggeblieben. Die Bevölkerung erwarte um den Einzug von Regierungstruppen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zum Binnenarbeiterstreik.

In der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse finden wir nachstehende, uns nicht zureichende Mitteilung der Nachrichtenagentur der bürgerlichen Staatskanzlei über den Binnenarbeiterstreik:

Der landwirtschaftliche Streik der Binnenarbeiter, der bekanntlich gegen den Willen der zuständigen Organisation ausgedehnt ist, droht auf einer sehr schweren Gefahr für die landwirtschaftliche Industrie und das ländliche Volk zu stehen. Am Sonnabend war es den Verhandlungen des Arbeitsministeriums endlich gelungen, die für Sachsen bestimmten in Böhmen lagernden 25 Kohlenzüge mit weit über 16 000 Tonnen Kohlen nach Sachgau zu bekommen. Hier aber liegen die Kohlen fest, weil die Mannschaften sich vor dem Terror der Streikenden fürchten. Sie sind gewillt, die Kohlen zu fahren, aber die Streikenden haben gedroht, sie von den Eisenbahnen aus abzuwickeln. Die Kohlen müßten unbedingt sofort zum Abschwimmen gebracht werden. Der Kaiserliche Land der Erde sinkt. Es besteht, wie Sachleute versichern, die Gefahr, daß die Kohlen auf Grund zusammenbrechen. Damit würden 300 000 Berliner Kohlen verloren sein und viele Fabriken müßten zum Stillstand kommen. Die Kohlenenden wären in erster Linie die Arbeiter, die dann zu Tausenden drohen würden. Da sogar das Organ der Streikenden, Die Schifferzeitung, in Nummer 10 eingesehen muß, daß der Streikbeschluß ein taktischer Fehler war, sollte sich die gesamte Arbeiterkraft wie ein Mann gegen diese drohende Katastrophe aufstellen. Die Regierung ist genötigt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln das ländliche Wirtschaftsleben vor den gemeingefährlichen Anschlägen zu schützen.

Ueber den Stand des Streiks wird weiter berichtet, daß die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums, das vom Transportarbeiterverband und vom Verband der Maschinen- und Feiler um Vermittlung anrufen worden ist, noch ausstehe. Es werde aber bestimmt damit gerechnet, daß die Behörden sich zur Anhörung von Verhandlungen mit den Unternehmern bereit finden werden. Der Beschluß der streikenden Schiffer, die Entladung verderblicher Lebensmittel freizugeben, sei nach wie vor in Kraft. Der Verband der Binnenarbeiter habe erklärt, daß er kein Interesse an der Behinderung der Entladungsbereitungen hat, da diese Maßnahme auf den Verlauf des Streiks eine ungünstige Einwirkung nicht haben könne.

### Tarifbewegung der Zimmerer.

Die zentralen Verhandlungen über das Tarifmuster sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Laut Vereinbarung von Hannover soll in örtliche Verhandlungen über Ortstarife eingetreten werden. In Leipzig lehnten die Unternehmer dies ab, allem Anschein nach wird dahin gearbeitet, das Ergebnis der zentralen Verhandlungen abzuwarten. Bei deren negativem Erfolg hat man gleichzeitig die örtlichen Verhandlungen sabotiert. Gegen diese Auslegung der Vereinbarungen muß der schärfste Protest erhoben und die Frage erzwungen werden, ob zulassungspflichtige Arbeiten vor Regelung der Höhe überhaupt zu leisten sind. Jetzt schon treten Differenzen über zulassungspflichtige Arbeiten und des Begegebendes auf. Das ist natürlich begreiflich, wenn man den Satz von 60 Pfg. pro Tag in Betracht zieht.

Die Zimmerer der Firma C. H. Friede, am Bau des Herrn M. Singewald, Konserndöhlen- und Fleischwarenfabrik in Rückmarsdorf beschäftigt, stellten die Forderung, das Begegebende von 60 Pfg. auf 2 Mk. pro Tag zu erhöhen. Um die Differenz zu bezahlen, versuchte die Zahlstellenleitung eine Vermittlung anzubahnen. Doch sie rechnete nicht mit dem durch Kriegsgewinn emporgesommenen Herrn M. Singewald. Sie sind wohl verkräftigt geworden. — Sie Verbreeher an dem deutschen Wirtschaftskörper. — Sie Parasiten der Arbeiterkraft! — Ich habe Sie die Presse voll, wenn Sie nicht mein Grundstück verlassen! — so schrie Herr Singewald. Wer ihn in seiner Körperfülle kennt, kann ja nun leicht feststellen, wer Parasit ist und auf welchen Kosten Herr Singewald gelebt hat und noch lebt. Im übrigen müßten wir die Arbeiterkraft darauf aufmerksam machen, bei günstiger Gelegenheit dem Herrn die allernotwendigsten Auftragsformen beizubringen. Unsere Berufscollegen aber müssen auf dem Posten sein und im gegebenen Falle die notwendigen Maßnahmen dem Unternehmertum im Baugewerbe gegenüber ergreifen, damit wir es später nicht zu bereuen haben.

### Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Leipzig).

Die Steinseher in Leipzig fordern die Gewährung einer Teuerungszulage. Nachdem im Bauberufe seit 9. April bereits eine solche gezahlt wird und bei unsern Berufscollegen die Arbeitsbedingungen viel ungünstigere sind als dort, hatten auch wir uns an unsere Unternehmer um Gewährung derselben Teuerungszulage gewandt, um dieselbe Lohnhöhe zu erreichen wie im Bauberufe. Leider haben die Unternehmer unsern Antrag abgelehnt. In einer daraufhin uns beantragten Schlichtungsausschuss erschienen sie einfach nicht. Es wurde beschloffen, den Schlichtungsausschuß Leipzig anzurufen, um den Herren ein wenig soziales Verständnis beizubringen. Weiter weigert sich der Rat der Stadt Leipzig, den zwischen unserm Verband und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifvertrag anzuerkennen. Es wurde beschloffen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Auch soll, wenn alles verfehlt, vom letzten Mittel Gebrauch gemacht werden. Es scheint bei der ganzen Angelegenheit der Stadtbaurat Aren die treibende Kraft zu sein, um uns die Regiarbeit zu vorklein. Anstatt die Arbeitslosigkeit zu vermindern und wenigstens für die paar Sommermonate für die Steinseher Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, entläßt man noch die paar kürzlich eingestellten Kollegen.

Streik auf allen Hamburger Werften. Im Anschluß an den Streik der Werftangehörigen hat nun auch die Bauwerft, auf der bisher noch gearbeitet wurde, den Gesamtbetrieb eingestellt, so daß die Arbeit auf sämtlichen Hamburger Schiffswerften zum Stillstande gekommen ist.

## Von Nah und Fern.

### Ein schwedisches Interseeboot gesunken.

Kopenhagen, 18. Mai. Nach einem Telegramm aus Stockholm ist eines der größten und modernsten Interseebote Schwedens im Hafen von Karlskrona gesunken. Ueber die Ursache des Unfalls liegt nichts vor. Menschen befanden sich während des Untergangs des Bootes nicht an Bord.

### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Herrn Reichner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:  
Herrn Friedrich Müller, Vorwärts-Verlag.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# U.S.P.D. Groß-Leipzig

## Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Mittwoch, den 19. Mai, abends 7/8 Uhr

- In Baalsdorf im Gasthof Referent: Stadtrat Alfred Dieze.
- In Bencha in der Reichskrone Referent: Genosse Heinrich Fleißner.
- In Enthra im Reichsadler Referent: Volkshammermitglied Genosse Artur Denhardt.
- In Seebenisch im Gasthof Referent: Genosse Artur Lieberasch.
- In Thekla im Gasthof Referent: Genosse C. Schrörs.
- In Hänichen im Gasthof Referent: Genosse Alfred Kerschmar.

Donnerstag, den 20. Mai, abends 7/8 Uhr

- In L.-Schönefeld im Gesellschaftshaus Ref.: Reichstagsk. Gen. Schöning.
- In L.-Dölitz im Gasthof zum Reiter Ref.: Stadlv. Gen. Karl Krüger.
- In L.-Stünz im Gasthof Referent: Genosse Wildels.
- In L.-Vindenu im Deutschen Haus Ref.: Stadtverord. Gen. Joh. Scheib.
- In Podelwitz im Gasthof Ref.: Volkshammermitglied Gen. Krahner.
- In Vindennaundorf im Gasthof für die Orte Vindennaundorf, Rühmarsdorf, Frankenheim. Referent: Genosse M. Lipinski.

Freitag, den 21. Mai, abends 7/8 Uhr

- In Großdölitz im Gasthof Referent: Gen. Alfred Kerschmar.
- In Markkleeberg in Mockers Gasthof Referent: Genosse Redakteur Alb. Fichte.
- In Dejsch im Gasthof zur Linde Referent: Stadtverordneter Genosse Johann Scheib.
- In Seehausen im Gasthof Fuschel Referent: Genosse Bernhard Diez.
- In Wahren in der Terrasse Referent: Reichstagskandidat Genosse Artur Lieberasch.

Thema in allen Versammlungen:

1. Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.
2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet Der Hauptvorstand.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher  
**Heinrich Berthold**  
Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26  
Leder-Ausschnitt

**Raucher dank!**  
ges. gesch. ermögl. in  
einlg. Tag d. Raucher  
ganz o. teilw. z. unter-  
lass. Amtl. begutacht.  
Wirk. verblüff. Vilst. unsch.  
Tgl. Anerk. Ausk. umsonst.  
Institut Engbrecht  
München R 16, Kapuzinerstr. 9

**Fett-Seringe**  
kleine, halbe, beifaste,  
ca. 60-70 Stück 20,75 Wf.  
**Rollmöpfe fl. gewirkt**  
Delikatess-Ware,  
ca. 65 Stück 36,50 Wf.  
versendet in Postpaketen  
Franko per Nachnahme.  
Auch Engros in großen Mengen.  
**Heringshausman**  
Berlin G 25, Bismarckstr. 42

## Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig) Luxuspapierbranche.

Donnerstag, den 20. Mai, nachmittags 7/5 Uhr,  
im Pantheon, Dresdner Straße

## Öffentliche Versammlung

aller in den Buchbinderabteilungen der Steindruckereien, in  
Brägerei-, Kolorier- und Kunstanstalten beschäftigten Arbeiter  
und Arbeiterinnen Leipzigs.

Tagesordnung: 1. Abschluß eines Tarifprovisoriums mit den Leipziger Steindruckereibesitzern. 2. Verschiedenes.  
Kolleginnen und Kollegen! Die lanwierigen Verhandlungen mit den Unternehmern im Steindruckgewerbe führten zum Abschluß eines Tarifprovisoriums, zu dem die Versammlung Stellung nehmen soll. Pflicht eines jeden Branchenangehörigen ist es deshalb, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.  
Die Branchenleitung.

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter

Freitag, den 21. Mai, abends 7/7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal)

## Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in  
Müncheberg. 2. Bericht über die Verhandlung im Arbeitsministerium in  
Dresden. 3. Verschiedenes.

In dieser Versammlung müssen die Beschlüsse des Verbandstages eingehend  
besprochen werden. Es ist Pflicht der Mitglieder aller Branchen zu erscheinen.  
Einen zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Grosses Frühlingsfest

bestehend in großem Instrumentalkonzert (ausgeführt von der berühmten  
Konzertkapelle Gustav Schöne), Kinderpielen und dergleichen.  
Von abends 7 Uhr an großer Ball in beiden Sälen.

Der Eintrittspreis beträgt 1 Mk., Garderobe 30 Pfg. — Programme sind zu haben  
im Verbandsbureau, Braukstr. 17, und bei sämtlichen Beitragssammlern.  
Einen zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Zögern Sie nicht

noch kaufen Sie:  
**Marktaschen** von Mt. 1,50 an  
von Mt. 1,50 an  
**Mappen** 1,50 an  
von Mt. 1,50 an  
**Rucksäcke** 1,50 an  
Frühstücksbrot, Bohnenwachs  
Bekleidungen, Samtglaspapier  
Frauen- und Kinderbüchsen  
**Wachsluche** äußerst  
billig  
**Tapeeten**  
Willy May Eisenbahnstr. 90  
früher 91, u. 92.  
Fernspr. 80816. 9. 12. 13.

**Ganz billige**  
Kinder-, Mädchen-,  
Damen-, Knaben-  
und Herren-

## Stiefel

in Hoch- u. Bogrind-  
leder. Moderne bequeme  
Faßon in allen  
Größen und Sorten.

**Heinrich Kliche**  
L. Reuterstr. 31, II. M.  
Straßen- und Außenbahn  
wird veralltet.

**Geschlechtskrankheiten**  
unmittelbar, werd. kostenlos  
behandelt Mittw. abds. 7 Uhr  
Naturheilpraxis Rohrer. 12.

# Herren-Anzüge

- Jackett-Anzug** a. graukarrier-tem, hellfönl. Forster Bucks-kin, gute Qualität, m. aufgesetz-ten Taschen, Rückengurt und Strahlenfalten, Hose mit Um-schlag u. breite Kappnaht M. **490<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus braun röl-lichem, starken, tragfähigen Stoff, einfache, einreihige Sacco-Form ..... M. **490<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus dunkel ge-musteriem, starken, gezwirn-ten Cheviot, gute Zusaten, einreihige Form ..... M. **590<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus braun-karrieriem Forster Buckskin, schöne Form, gute Zusaten M. **590<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus dunklem, sehr guten, gemischfarbigen Buckskin, m. aufgesetzten Taschen, Rückengurt mit Strah-lenfalten, Umschlaghose . M. **690<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus dunkel-grauem, leichtem Cheviot, besonders gute Qualität, sehr schöne einreihige Form, gute Verarbeitung und Zusaten M. **690<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus gutem Cheviot und Buckskin, ver-schied. Formen, la. Zusaten und Verarbeitung, in grau und braun karriert, einfarbig braun u. grünlich gestreift . M. **790<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** aus graukar-rieriem SOMMERSTOFF, sogenanntes Pepita-Muster, modernste Form mit aufge-setzten Taschen, Gürtel rings-um, Umschlaghose ..... **890<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug** a. guten Bucks-kins und Cheviots verschie-dener Qualität, guten Zusaten und tadellose Verarbeitung, verschiedene Formen in röl-lich braunkarriert, kupfer-braun gestreift, einfarbig, grün und braun in schönen Farbenönen ..... M. **890<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug**, modernste Form mit aufgesetz. Taschen, Umschlaghose oder einfache solide Form, in lebhaftem, oliv und braun, und anderen Farben durchsetzt. schönen Karo, besonders beliebt . M. **990<sup>00</sup>**
- Jackett-Anzug**, besonders gut verarbeitet, schöne Paßform, aus guter Forster Friedens-ware, schön geöst, röllich braun und olivkarriert, be-sonders vorteilhaft ..... M. **990<sup>00</sup>**

In allen diesen angeführten Serien sind wir  
vollständig sortiert, jeder Anzug ist  
in allen Größen vorräig

In den Preislagen:  
M. 1050.-, 1200.-, 1400.-, 1500.-  
und höher sind unsere Anzüge aus durch-  
weg reinwollenen Stoffen in maßmäßiger  
eleganter Verarbeitung

**H. Hollenkamp & Co**  
Brüh Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.  
Erstes Herren-Bekleidungshaus

**Uhrmacher Urban**  
Spezialist für Reparaturen  
Leipzig, Wäckerstr. 26.

**Blusen u. Röde**  
kaufen Sie vorteilhaft bei  
P. Schmitz, Fabrikation.  
Nikolaistr. 5 in  
Spekt's Passage und  
Hbn., Comeniusstr. 19, v.  
Dürabeb. geöffn.

# Glaser.

Freitag, den 21. Mai 1920, nachmittags 5 Uhr  
**Versammlung im Volkshaus.**

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Verhandlung über den Landestarif.  
2. Bericht vom Volkshaus und Beschlusfassung.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Er-scheinen aller Kollegen.  
Die Verwaltung.

## Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen :: Zahlstelle Leipzig. Achtung! Achtung!

**Fassbier- und Beifahrer sowie Flaschenbierfahrer und deren Beifahrer**  
aller Brauereien und Bierniederlagen von Leipzig und Umgegend.

Freitag, den 21. Mai 1920, abends 7/6 Uhr

**Branchen-Versammlung**  
im Volkshaus, Leipzig, Zeiter Straße 32 (Nebenaal rechts).  
Tagesordnung: 1. Stellungnahme über die Auflösung bzw. Sufen des  
Fahrpersonals; 2. Aussprache hierzu und Beschlusfassung.  
Wir erlauben das Fahrpersonal, vollständig an dieser wichtigen Versammlung zu  
erscheinen, um den Arbeitgebern die Beschlusfassung unterbreiten zu können. Eine  
weitere Einladung erfolgt nicht. Bitte lesen und weiter geben.  
Die Ortsverwaltung. J. A. S. Sendig.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. Mai.

Parteiangelegenheiten.

An alle Ortsvereinsvorstände!

Schulausschüsse. Die Adressen der USP-Mitglieder der Schulausschüsse in den einzelnen Gemeinden sind umgehend dem Genossen Otto Rudert, Großhohener, Schleußiger Weg 15, zu übermitteln.

Elternräte. Die Ortsvereinsvorstände werden aufgefordert, von allen Schulen ihres Bezirks die Wahlergebnisse der Elternratswahlen (Datum, abgegebene Stimmen, Verteilung der Mandate, Namen und Adresse der USP-Mitglieder), an das Parteisekretariat Groß-Leipzig zu senden. — Redner über Aufgaben der Elternräte vermittelt das Parteisekretariat.

Der Hauptvorstand. Scheib.

Schneefeld. Heute Mittwoch von 4 Uhr an werden in der Bibliothek zur morgen stattfindenden Wahlversammlung Handzettel zur Verbreitung ausgegeben. Regere Beteiligung ist notwendig.

Kleinshöher. Einwohnerwehr Freitag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, Bürgergarten.

Ortsverein Wahren. Die Parteigenossen treffen sich Donnerstag, den 20. Mai, abends 7 1/2 Uhr, zur Flugblattverbreitung im Sitzkreis bei Trabitzsch; ebendort 1/8 Uhr wichtige Besprechung der Funktionäre.

Die Betriebsräte und Ökonomen der Stein- und Bauindustrie erscheinen morgen nachmittag 5 Uhr, die der Holzindustrie abends 7 1/2 Uhr im Etablissement Drei Mühlen.

Neuregelung des Beerdigungswesens in Leipzig.

Niemlich weitgehende Beschlüsse fasste das Leipziger Stadtverordnetenkollegium in seiner letzten Sitzung, die aber infolge unseres beschränkten Raumes nicht ihre volle Würdigung finden konnten. Sie verdienen jedoch das Interesse der breiten Öffentlichkeit. Auf Anregung unseres Genossen Scheib beschloß das Kollegium einstimmig, den Rat zu ersuchen, mit möglichstster Beschleunigung dafür zu sorgen, daß die gesamte Grabpflege in städtische Hände übernommen wird, ferner die Neuregelung des ganzen Beerdigungswesens, was ebenfalls in die Wege geleitet werden soll, gleichzeitig auch die Gebührengordnung für Grabpflege einer Revision zu unterziehen sei. Seit einer langen Reihe von Jahren bemühte sich die sozialdemokratische Fraktion alle gemeinnützigen Unternehmungen in eigene Hände der Stadtgemeinde zu überführen, aber alle Versuche scheiterten an den Unternehmerinteressen, die in der bürgerlichen Mehrheit im Rat und Stadtverordnetenkollegium ihre würdige Stütze fanden. Durch die vorhandenen Mängel und Schwierigkeiten der privaten Unternehmungen ging und gab es, sowie durch die gerade mühsame Wirtschaft auf unserem Südfriedhof ist auch ein großer Teil des bürgerlichen Publikums eines besseren belehrt worden. Freilich in Kreisen der betroffenen Unternehmungen werden die gefassten Beschlüsse wohl kaum Freude auslösen, entgegen ihnen doch vielfach der mühselige Profit. Petitionen werden hageln an Rat und Stadtverordnete, hoffentlich bleibt der Rat fest, denn das Interesse der Allgemeinheit geht zweifellos über das der Privatunternehmer. Ist das Werk erst vollendet, dürften bedeutende Erleichterungen im Beerdigungswesen Platz greifen, sowohl hinsichtlich der Bequemlichkeit wie auch finanzieller Art.

Einen weiteren Fortschritt bedeutet der Beschluß der Stadtverordneten, die Gebühren der Feuerbestattung bei Leberführungen aus der Amtshauptmannschaft den hiesigen Einwohnern gleichzustellen. Der Rat hatte seiner ursprünglichen Vorlage doppelte Gebühren für alle Stiefen und Auswärtigen vorgelegt. Auch hier ist das Kollegium den Anträgen des Genossen Scheib gefolgt, wonach für alle diejenigen unter 12 000 Mk. Einkommen aus dem Bereich der Stadt und der Amtshauptmannschaft der alte Gebührensatz von 25 Mk. bestehen bleibt, während für die höheren Einkommen 50 Mk. in Ansatz gebracht werden. Hierbei ist zu beachten, daß Leipzig die alleinige Ausnahme bilden wird bei allen bestehenden Krematorien, wo eine gleichmäßige Behandlung stattfindet zwischen Einheimischen und solchen der näheren Umgebung. Es ist damit vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, ein Weg des Ausgleichs gefunden worden. Die Nachbargemeinden der Großstädte werden vielfach gezwungen, höhere Aufwendungen für Schulen und Fürsorgewesen zu machen infolge der Abwanderung unbemittelter Kreise nach den Vororten, was bedingt ist durch höhere Mieten und erhöhte Ausgaben für Lebenshaltung in der Großstadt. Es ist daher nur gerecht, wenn durch ein derartiges Entgegenkommen die kleinen Gemeinden der Umgebung eine an sich geringe Entlastung erfahren durch Ersparnis an Grund und Boden für Friedhofszwecke, während andererseits auch die Arbeiter den Vorteil haben, daß auch sie, die zum größten Teil in der Stadt arbeiten, die Gleichstellung bei den Einäscherungsgebühren erlangt haben.

Bei der früheren Zusammenfassung der Kollegien waren derartige Beschlüsse undenkbar gewesen. Die Leser unserer Zeitung werden hieraus erkennen, daß von der U. S. P.-Fraktion auch positive Arbeit geleistet wird. Hoffentlich haben die gefassten Beschlüsse auch die Wirkung, daß die Arbeiterkraft von Leipzig und Umgebung mehr Gebrauch macht von der Benützung der Feuerbestattungsanlage als bisher. Fort mit den Vorurteilen! Wiederrecht auch den Einschlichterungen kirchlicher Kreise zum Wohle und zum Nutzen der gesamten lebenden Menschheit. J. Seb.

Der „Ausgleich“.

Eine der heuchlerischsten Parteien ist das Zentrum, die sogenannte christliche Volkspartei. Sie vertritt nur Unternehmer- und Grundbesitzerinteressen, hilft sich aber, um die katholischen Arbeiterwähler an der Stange zu halten, in ein sozialistisches Mäntelchen, und sie gewiert sich auch gar nicht, die Religion sowie den katholischen Kirchenapparat in den Dienst der Ausbeuterpolitik zu stellen. Das Zentrum ist autoritär — wenn es auf diesem Wege besser wegkommt, und es schließt demokratisch, wenn es nicht absolutistisch sein kann. Die jegliche Herrschaft des Zentrums in Bayern und im Reich ist der beste Beweis dafür. Im Wahlkampf benutzte diese Partei alle Mittel, um Stimmen zu fangen.

Wie das Zentrum in den Großstädten vorgeht, zeigt eine Zentrumsversammlung in Leipzig am Montag im Kaufhaus. Hier sprach Universitätsprofessor Dr. Strieder über Zentrumspolitik seit der Revolution. Er sagte der Revolution nach, sie habe Schuld daran, daß Deutschland den Vertrag von Versailles widerstandlos habe annehmen müssen. Nicht ist unwahrer als das. Der Frieden von Versailles ist das Werk derjenigen, die so lange Krieg geführt haben, bis das Volk erschöpft am Boden lag, und die obendrein noch weite Strecken gegnerischer Gebiete systematisch verwüstet haben, die den Befehl gaben, die Stuben zu zerstören, die Industrien zu vernichten, die Häuser zu sprengen, die Obstbäume abzufragen usw. Das sind die Schuldigen! Ihre Sünden müssen leider jetzt vor allem vom arbeitenden Volke gebüßt werden, das sie dafür mit Schmutz bewaschen, während sie selbst sich als die ethisch-nationalen Gefühmten, als die Vaterlandsretter hinstellen! Der Zentrumsredner erklärte, um beide Zelle — Kapitalisten und Arbeiter — zu gewinnen, für die Zukunft müsse durch den Ausgleich zwischen

Kapitalismus und Sozialismus der Weg zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens gefunden werden. Also nicht Befestigung der kapitalistischen Wirtschaft — sondern Ausgleich!! Wir haben diesen Ausgleich in dieser Zeit, in der Zentrum und Reichssozialisten in einer Regierung sitzen, bereits gründlich kennen gelernt. Er besteht darin, daß die Kapitalisten herrschen, die arbeitende Bevölkerung ausplündern, und daß die Reichssozialisten dazu Ra und Amen sagen. Für einen solchen „Ausgleich“ bedanken wir uns. Deshalb bekämpfen wir die Politik des Zentrums und der Reichssozialisten.

Der Republikanische Führerbund

Hielt eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der Herr R. Ruder über Monarchie oder Republik sprach. Es seien starke Strömungen für die Wiederaufrichtung der Monarchie vorhanden. Der Offiziersrat in der kaiserlichen Armee trennte das Herz vom Volke und machte die Wehrmacht zu einem willenlosen Instrument in der Hand der Vorgesetzten. In den Studentenverbindungen, in der Burvanterie und im gesamten Verwaltungssystem wütete der Offiziersgeist im Stillleben fort. Nach der Errichtung der Republik habe sich dieser Kreis getrennt in eine Gruppe, die sich auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellt und mitarbeitern wolle, eine Gruppe, die abseits steht und eine Gruppe, die der Republik entgegenarbeite. Das Offizierskorps müsse aber republikanisch sein. Daran ergebe sich die Notwendigkeit der Erziehung und Umformung zu einer neuen Armee. Der Redner behandelte hierauf die Entwicklung vom Absolutismus zur Republik. Es stehe nicht mehr zur Frage, was das Beste sei, sondern man müsse sich mit den Tatsachen abfinden und bedenken, daß mit der republikanischen Staatsform auch der Einheitsstaat zugrunde gehe.

Nach dem Referat wurden die Aufgaben des Republikanischen Führerbundes erläutert. Aus dem Programm heben wir hervor: „Sammlung aller überzeugten Republikaner innerhalb und außerhalb der Wehrmacht, die in ihr eine führende Stellung einnehmen oder sehr noch einnehmen, zum Schutze der Deutschen Republik gegen alle monarchistischen und rätebildatorischen Umsturzbestrebungen.“

Die Sammlung gegen die Mächtigkeiten sei von Freunden der Sache angefochten worden; sie richte sich aber nur gegen planlose Ausschweifungen. Der Bund müsse politisch neutral, doch jederzeit zum Schutze der Republik bereit sein. In weiteren Zusammenkünften solle in den Kreisen der Mitglieder Arbeit geschaffen werden. Der Aufnahme in den Bund müsse eine Prüfung der Person vorausgehen.

Das Mißtrauen, das der Leiter bekante, wird durch das Programm nicht beflügelt. Wäher haben auch die höheren militärischen Führer erklärt, sich auf den Boden der bestehenden Tatsachen zu stellen und doch waren viele sofort bereit, einen neuen Boden zu schaffen, auf dem sie sich stellen konnten. Man wird daher gut tun, die Taten des Führerbundes abzuwarten. Notwendig ist vor allem die Bewaffung der Arbeiterklasse, um die Diktatur der besitzenden Klasse zu beenden und um die Herrschaft des Proletariats zu errichten und zu sichern, damit der Sozialismus durchgeführt werden kann.

Auch ein — Führer.

Herr Schneider, Kandidat der Kapitalisten, die im Gewande der Deutsch-Demokraten auf den Stimmenfang gehen, sagte am Montag in einer Wählerversammlung in Sellerhausen, eine Regierung ohne Arbeiter sei nicht möglich, aber auch keine Regierung ohne Bürgerliche, da sonst nicht genügend führende Kräfte vorhanden sein würden. Herr Schneider braucht also die Bürgerlichen, das heißt die Besten, als Führer. Er findet sich ohne die Führung der Kapitalisten nicht zurecht in der Welt, aber er empfiehlt sich den Wählern — als Reichstagskandidat. Ein Führer, der geführt wird von Besten, Unternehmern. Und ihm sollen die Wähler ihre Stimme geben. Würde Herr Schneider wirklich die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten, so müßte er den Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter empfehlen, damit sie die politische Macht erobern, der unheilvollen kapitalistischen Wirtschaft ein Ende machen und ein Gesellschaftszustand schaffen, der allen Mitgliedern ein erträgliches Leben gewährt. Dies Wert kann aber nicht unter Führung der Kapitalisten verwirklicht werden. Es muß gegen ihren Willen getan werden; daher muß sich die arbeitende Bevölkerung von der kapitalistischen Beeinflussung freimachen, und deshalb darf sie Leute, wie Herrn Schneider, der sich ohne Kapitalisten die Welt gar nicht vorstellen kann, nicht wählen.

Mit dem Elend der Zivilrentenempfänger

beschäftigte sich am 10. Mai im Volkshaus eine von der Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Arbeitslosen Deutschlands einberufene Versammlung. Der Referent schilderte das Elend invalider Zivilrentenempfänger. Die Höhe der Renten der meisten Invaliden- und Unfallverletzten schwankt zwischen 24 bis 47 Mk. monatlich je nach Zahl der geleisteten Beitragswochen und dem Grade der Verletzungen. Hier gleich einige Beispiele: Ein invalider und arbeitsunfähiger Arbeiter bekommt mit zwei schulpflichtigen Kindern 21,50 Mk. Invalidenrente und jetzt noch 20 Mk. Teuerungszulage für den Monat, wovon natürlich noch Apotheke und Arzt zu begleichen sind. Eine alleinlebende franke Witwe bekommt gar nur monatlich 24 Mk. Unfallrente ohne jede Teuerungszulage. Und das in der jetzigen Teuerung. Viele erhalten überhaupt keine Rente, da sie von Geburt an krank und frant sind oder die vorgeschriebenen Beitragswochen nicht erfüllt haben. Es machen sich auch schon die Folgen bemerkbar, denn in Berlin sind allein während des Krieges jährlich 3000 Rentenempfänger gestorben. In Kriegsinvaliden gibt es insgesamt 1 300 000 Personen, während es 1 000 000 Invaliden und 800 000 Unfallverletzte gibt. Vertreter des Zentralverbandes und der Ortsgruppe Berlin hatten wegen Erhöhung der Renten und Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe von insgesamt 500 Mill. Mark mit der Reichsregierung eine längere Besprechung, ebenso auch mit den beiden Sozialdemokratischen Parteien und einigen bürgerlichen Fraktionsvorsitzenden. Von der Regierung konnte wegen der schwierigen und mißlichen Finanzlage des Reiches kein großes Entgegenkommen zugesagt werden, während sich die beiden sozialdemokratischen Parteien der notwendigen Forderungen annahmen. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion stellte in der Nationalversammlung den Antrag, den Zivilrentenempfängern für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe 500 Millionen Mark zu gewähren; der Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der beiden Arbeiterparteien abgelehnt! Dagegen gelangte ein abgeänderter Antrag, eine angemessene Teuerungszulage zu gewähren, einstimmig zur Annahme.

In der Diskussion sprachen auch einige anwesende Stadträte sich dahin aus, daß den an den Rat der Stadt Leipzig gerichteten Eingaben im Stadtparlament ein weitgehendes Entgegenkommen gesichert seien. Nur scheiterte die Durchführung immer wieder an der schlechten finanziellen Lage, in der sich auch die Stadt- und Landgemeindevverwaltungen jetzt befinden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die im Volkshaus versammelten Zivilrentenempfänger beauftragen ihre hiesige Ortsgruppe, bei der Behörde und dem Gewerkschaftsrat dahin zu wirken, daß die Ortsgruppe in ihrem Bestreben, allen Zivilrentenempfängern zu helfen, von diesen unterstützt wird. Desgleichen erfragen die Versammelten die anwesenden Vertreter der Behörden und politischen Parteien dahin zu wirken, daß die eingereichte Eingabe der Zivilinvaliden an die Stadt Leipzig Annahme findet.

Ein Hort der Reaktion.

Seit Ausbruch der Revolution hat sich die Universität Leipzig als ein Hort der Reaktion erwiesen. Anfangs glaubten die Nachher in der Universität ihre reaktionäre Gesinnung unter dem Deckmantel der Neutralität verbergen zu müssen, später aber zeigten sie ihre wahre Gesinnung immer unverhüllt. Der Kapp-Putsch gab den reaktionären Studenten Gelegenheit, ihre Gesinnung zu veröffentlichen; wie sie als Zeitfreiwillige in Leipzig gekämpft haben, ist nun bekannt. Diesen Studenten erschien sogar der Professor Goeß noch als zu liberal, deshalb demonstrieren sie bei einer Vorlesung lautend gegen Goeß. Am 12. Mai hat nun in der Universität eine Studentenversammlung stattgefunden, die erneut den reaktionären Charakter des größten Teils der Studenten zeigte. In dem Bericht über die Versammlung heißt es:

„Nach lebhafte Geschäftsordnungsdebatte wurden zwei Dringlichkeitsanträge von nichtinkorporierten Studenten in Fragen der Stellungnahme des Herrn Prof. Dr. Goeß als Vorsitzenden des Bürgerausschusses in der Zeitfreiwilligenangelegenheit verlesen. Im ersten Antrag wurde die Studentenversammlung gebeten, Herrn Prof. Dr. Goeß ihr Bedauern über einen Brief des 1. Mai vorzubringen auszusprechen. Der zweite Antrag beschäftigte sich mit den Forderungen in einer Vorlesung von Herrn Prof. Dr. Goeß. Nach heftigen Debatten zum Teil politischer Art wurde das im Anschluß an den ersten Antrag geforderte Mißtrauensvotum für den 1. Mai vorzubringen abgelehnt und ihm ausdrücklich das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen. Weiterhin lehnte die Versammlung es ab, die Forderungen gegen Herrn Prof. Dr. Goeß zu misbilligen. Die heftigste Debatte erfolgte über einen Antrag, eine Liste von „vaterländischen Nichtinkorporierten“ noch zu den Mißtrauensvoten zuzulassen, die nicht rechtzeitig eingelaufen war. Obwohl in diesem Antrag ein Verstoß gegen die Satzungen lag, wurde die Zulassung dieser Liste von den Studenten unter lebhaftem Beifall angenommen. Endlich wurde den Leipziger Delegierten für den außerordentlichen Studententag in Dresden für dort eine parteipolitische Stellungnahme untersagt. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde eine Erhöhung des Alts auf 20 Mitglieder mit den entsprechenden Ausführungsanträgen angenommen, ebenso die Mißbilligung für die Stellungnahme des Alts zur Kollegeloberprüfung im Sinne einer weitgehenden Milderung beschlossen. Zum Schluß erklärte der Wahlleiter, für die Mißtrauens bei Aufrechterhaltung des Satzungsbruches durch die Studentenschaft sein Amt niederlegen zu müssen, so daß eine weitere Durchführung der für den 17. d. M. anberaumten Mißtrauenswahlen aufs äußerste gefährdet erscheint.“

Teuerungszahlen für Leipzig.

Die vom Statistischen Amt für die Stadt Leipzig berechnete sogenannte Teuerungszahl, d. h. der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in je 4 Wochen, betrug

Table with 2 columns: Date and Amount. Rows: 29. März bis 25. April (775.97 Mk.), 5. April (702.61), 12. April (804.78), 19. April (827.58)

Die Teuerungszahl ist nach den in Heft 1 der Mitteilungen des Statistischen Amtes (Dr. Lüthjohann, Preise und Kosten der Lebenshaltung unter besonderer Berücksichtigung Leipzigs) dargelegten Grundätzen der Reichsstatistik und unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände berechnet. Die Veröffentlichung des Amtes ist, wie auf viele Anfragen nochmals mitgeteilt sei, im Verlag von Duncker und Humblot erschienen und durch den Buchhandel zum Preise von 3 Mk. zu beziehen.

Wieder weniger Zucker. Offiziell wird verkündet, daß die am 1. Juli d. S. auszugebende Zuckermenge, die bei der bisherigen Nation auf drei Monate reichen würde, auf vier Monate verteilt werden müsse. Die Verteilung der Zuckerausgabe durch die Kommunalverbände würde dementsprechend eingerichtet werden. Begründet wird diese Maßnahme mit der Verringerung der leistungsfähigen Zuckerproduktion infolge Rückgangs der Anbaufläche und unglücklicher Produktionsverhältnisse während der letzten Kampagne. Die Hauptursache der Verminderung der Zuckerausgabe ist die kapitalistische Profitwirtschaft. Wir werden demnach weniger Inlandzucker, aber desto mehr sehr teuren — „Auslandzucker“ erhalten.

Stimmberechtigter Ost- und Westpreußen. Die Meledesfrist läuft jetzt unwillkürlich ab. Noch könnt Ihr eure Heimat retten helfen! Aber Ihr müßt Euch sofort melden bei der Geschäftsstelle für Volksabstimmung Leipzig, Dittichring 20 (Mietanzubureau Feltz Kiewel). Fernruf 37 und 10 700.

Geschäftsschluß am Pfingstsonnabend. Es sei hierdurch hingewiesen, daß, wie aus dem Anzeigenteile der heutigen Nummer unseres Blattes hervorgeht, hiesige Banken und Banquiers, denen sich einige andere Firmen angeschlossen haben, übereingekommen sind, ihre Geschäfte am Pfingstsonnabend gänzlich geschlossen zu halten.

Angliederung von Facharbeitsnachweisen an den städtischen Arbeitsnachweis. Am 3. Mai 1920 haben sich die neuerrichteten paritätischen Facharbeitsnachweise für das Brauerei- und Mühlen-gewerbe und für Mülfler an den städtischen Arbeitsnachweis angeschlossen. Die Fachabteilung für das Brauerei- und Mühlen-gewerbe ist im Grundstück Seeburgstraße 14—20, Hof rechts, untergebracht und vermittelt an allen Wochentagen in der Zeit von 1/2 bis 3 Uhr; Fernsprechanschlüsse: 19 230—33, 19 252. Der Facharbeitsnachweis für Mülfler befindet sich Gerberstraße 3, Hof links, und ist geöffnet wochentags von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 5 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 10 bis 1 Uhr; Fernsprechanschl. 8051.

Fahrpreiserhöhung im staatlichen Kraftwagenbetrieb. Die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden als Sächsischer Kraftwagenverwaltung erhöht vom 20. Mai d. S. an auf den staatlichen Kraftwagenlinien den Fahrpreis im allgemeinen auf 40 Pfg., die Gepäckkraft auf 5 Pfg. für 1 Tarifkilometer. Als Mindestfahrpreis werden 40 Pfg., als Mindestgepäckkraft 80 Pfg. für jedes Gepäckstück bis zu 30 Kilogramm erhoben.

Die Feuerwehre in Tätigkeit. In einer Fabrik Wismarstraße 20 war im Kesselhaus starker Rauchniederschlag entstanden. Durch einen Maschinenfehler der Feuerwehre wurde die Feuerungsanlage, welche die Ursache gegeben hatte, in Ordnung gebracht. Ein Eisenbrand mit Funkenflug wurde von der Hauptpost gemeldet. Die Feuerwehre beseitigte durch Entfernen des Rußes weitere Gefahr. Ferner wurde ein Pferd durch die Feuerwehre gehoben. Steinstraße 67 entstand ein Küchenbrand durch Hitzübertragung eines Gastofens.

Beschlagnahme. Von der Wohlfahrtspolizei wurden innerhalb der letzten 14 Tage u. a. an Schleichhandels- und Schieberwaren beschlagnahmt: 3753 Kilogramm Mehl, 857 Kilogramm Fleisch, 392 Kilogramm Wurst- und Räucherwaren, 99 Stückchen Butter, 1319 Kilogramm Margarine, 111 Kilogramm Fett, 24 Kilogramm Mohn, 73 Kilogramm Grieß, 257 Kilogramm Getreide, 697 Kilogramm Zucker, 219 Tafeln, 140 Kilogramm Schokolade, 940 Stück Semmeln, 19 Stück Brote, 36 Zentner Kartoffeln, 15 Liter Spirituosen, 515 kleine Pakete und 119 große Pakete Streichhölzer, 80 Zentner Brillen, 173 Stückchen Seife, 320 Liter Öl, 390 Kilogramm Benzol, 401 Dosen mit Gemüsekonserven, 584 Rollen Nähwurz, 1500 Gramm Kofain. Die Waren sind, soweit angängig, den zuständigen Stellen zur allgemeinen Verwertung zugewiesen worden.



Herrmann sendet uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes nachstehende „Berichtigung“: Die in Ihrer Nummer 79 vom Montag, 16. Mai, unter der Überschrift „Günstlicher Verkehr mit Hindernissen“ veröffentlichte Darstellung über eine bei der Ausgabe von Spirituosen an Minderbemittelte geübte Unterbindung zwischen mir und einer Frau ist un w a h r. Die betreffende Frau, die selbst häufig, laut Mitteilungen, von mir unterrichtet worden ist, hat von vornherein mir gegenüber unter Zeugen ein durchaus ungeschickliches Benehmen zur Schau getragen, was ich zurückgewiesen habe. Eine ganze Reihe von Frauen, die Ohrenzeuginnen des Vorfalles waren, haben mir gegenüber sofort ihren Unwillen und ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß ich, bei meiner ehrenamtlichen freiwilligen Arbeit für unsere Volksgenossen, die sich sonst in durchaus freundlichen Formen bewegt, überhaupt einer derartigen Behandlung ausgesetzt bin. Auch die von Ihnen in demselben Artikel wiedergegebene angebliche Neußerung, die ich während des Krieges zu derselben Frau getan haben soll, nämlich: „Den Kriegsfrauen geht es noch lange nicht schlecht genug, auf den Arken müßten sie gerührt kommen!“ ist un w a h r. Wahr ist dagegen, daß ich in völlig anderer Zusammenhänge vor mehreren Jahren gesagt habe: „Kriegsfrauen, die sich nächst mit fremden Männern herumtreiben, während der Ehemann im Schützengraben sein Blut fürs Vaterland vergießt, sollten daran denken, daß für sie einmal eine Zeit kommen wird, wo sie noch vor Gott auf den Arken rutschen müssen!“

Dieser Berichtigung entspricht nicht den Anforderungen des Preßgesetzes. Sie enthält Irrtümer und deshalb waren wir nicht verpflichtet, sie zum Abdruck zu bringen. Wir veröffentlichen sie trotzdem gern, um zu zeigen, in welcher Weise ein Pastor sich bemüht, seine Schilberung als unrichtig hinzustellen. So befreit er gar nicht, zu der Frau gesagt zu haben: „Sie sitzen um die Mäule.“, sondern er erklärt die ganze Darstellung als — un w a h r! Das und auch seine zweite sehr gewundene „Berichtigung“ beweisen, was auf solche — „Berichtigungen“ zu geben ist.

Schlachthof, Schanau II. Täglich 9—12 Uhr auf Hauswirtschaftliche Ausgabe von einer Dose Rindergulasch für 7,40 Mk. und einer Dose Leberpaste für 5,90 Mk., außerdem baltische Fleischbrühwürfel.

Lebensmittellieferanten für Donnerstag, den 20. Mai.  
Anmeldung: Fleisch: Lechter Tag — abzugeben Q1—10, Q1—5.  
Für Säufler.  
Warmelade: Warenentnahme in den 6 Lagerstellen.  
Bäckerlofen: Bezugshelmentnahme.

### Pollzei nachrichten.

Die Kinderleiche im Fingerring! Bei der Entladung eines aus Leipzig kommenden Eisenbahnwagens in Biederitz (L. N.) kam am 5. d. M. der kleine Leichnam eines neugeborenen Kindes zum Vorschein. Zweifellos ist der Leichnam in die Abfahrtsrinne geworfen worden, von wo er unbemerkt durch die Leipziger Tünger-Export-Klein-Gesellschaft, die Beförderer des Wagens, in diesen gelangt ist. Ob ein Verbrechen vorliegt, wird die sofort angestellte Untersuchung ergeben. Der Angaben zu der Sache machen kann, wolle dies schnellstens bei der Kriminalabteilung tun.

Jungen gefasst! Am 5. d. M., gegen 12 Uhr mittags, ist in der Zelter Straße, in der Nähe der Albertstraße, eine 79 Jahre alte Stickerin durch einen Mladfahrer umgefahren und von ihm und einem Passanten nach der Sanitätskassette gebracht worden, wo eine leichte Gehirnerschütterung festgestellt wurde. — Am Johannistage ist am 10. d. M., nachmittags gegen 3 Uhr, ein 60 Jahre alter Arbeiter durch ein einpänniges Geschirr, das durch die Altbürger Straße nach dem Bayerischen Bahnhof zu davongefahren ist, umgefahren und an einer Hand und einem Fuß durch Stürze des Pferdes verletzt worden. In beiden Fällen ist es der Kriminalabteilung erwünscht, Augenzeugen zu ermitteln. Diese werden gebeten, sich alsbald bei jener oder auf der nächsten Polizeiwache zu melden.

Die falsche Lebensmittelbelegkarte! Die in der Kuglerstraße in Lindenau wohnende ledige Ehefrau Arbeiterin Charlotte Spormann hat in der letzten Zeit für sich und ihren Gekochten, mit dem zusammen sie einen kleinen Haushalt führte, den Unterhalt fast nur durch Betrug erlangt. Sie gibt selbst an, in mindestens 10 Pfaffen Geld, bis zu 112 Mk., und auch Waren von durchschnittlich unbemittelten Leuten unter der Angabe, Weizel oder andre Lebensmittel besorgen zu können, sich beschaffen zu haben. Von einem ihrer Opfer ließ sie sich sogar zu der angeblichen Hausfrau mit Kleidungsstücken ausstatten. Geschädigte, die das bisher noch nicht getan haben, wollen schnellstens bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Wache Anzeige erstatten.

Das Auge geschossen! Gena um 11 Uhr vormittags am 20. April hat sich vor einer der auf dem Neßplatz aufgestellten Schießbuden ein sehr bedauerlicher Unfall zugetragen. Es haben dort zwei Schützen und ein unbekannter junger Mann nach den aufgestellten Schießscheiben geschossen, als plötzlich eine ebenfalls vor der Tafel der Bude, kaum einen halben Meter von einem der stehenden Knaben entfernt stehende 21 Jahre alte Schneiderin, ins rechte Auge geschossen, laut aufschrie. Die Bedauernswerte wurde sofort nach der Augenklinik gebracht, wird aber wohl das verletzte Auge einbüßen. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, festzustellen, wie das Unglück zustande gekommen ist, bzw. aus welcher Ursache der unheilvolle Bolzen abgeschossen wurde. Es ist deshalb der Kriminalabteilung sehr erwünscht, daß sich weitere Zeugen, die tatsächliche Beobachtungen gemacht haben, schnellstens bei ihr melden; besonders wird darum gebeten, daß jener unbekannte junge Mann ihr seine Adresse mitteilt.

### Sächsische Angelegenheiten.

#### Ausbau der staatlichen Elektrizitätswerke.

Für Erweiterung des Elektrizitätswerkes Hirschfeld und den Bau der für die Elektrizitätsversorgung des Landes notwendigen Übertragungsanlagen 74 700 000 Mk. (weiter Teilbetrag) anfordert.

Für den Ausbau des Elektrizitätswerkes Hirschfeld sowie Errichtung von Arbeiterwohnungen dieses Werkes, für Ausbau der Hochspannungsführung Hirschfeld-Dresden und den nötigen Umformwerken waren 1918/19 im ganzen 44 Millionen veranschlagt worden.

Für den Finanzzeitraum 1918/19 wurde von diesem Gesamtbetrag ein Teilbetrag von 33 Millionen Mark bewilligt. Durch die Preissteigerungen ist der Gesamtaufwand von 44 Millionen Mark auf 72,7 Millionen Mark (mehr 28,7 Millionen Mark) angewachsen.

Gleichzeitig ist die Nachfrage nach elektrischer Leistung im Westen des Landes derzeit gestiegen, daß nur durch einen weiteren und schnellen Ausbau des staatlichen Elektrizitätswesens dem dringendsten Bedarfe Rechnung getragen und schweren Nachteilen für das Wirtschaftsleben vorgebeugt werden kann. Die hierfür erforderliche weitere Erhöhung der Maschinenleistung im Kraftwerk Hirschfeld wird einen Aufwand von rund 23 Millionen Mark erfordern, wovon im Finanzjahr 1920 rund 8 Millionen Mark verausgaben sein werden. Ferner wird der Aufwand für die im westlichen Sachsen in größerem Umfange zu errichtenden Leistungsanlagen rund 108 Millionen Mark betragen, wovon im Haushaltsjahr 1920 voraussichtlich 32 Millionen Mk. erforderlich werden.

Der veranschlagte Aufwand für die bisher schon geplanten großen Anlagen im Westen des Landes stellt sich auf 72 700 000 Mk., der voraussichtliche Aufwand für die neugeplanten Anlagen in Hirschfeld und im Westen des Landes auf 126 Millionen Mark.

### Zuschuß für die Landestheater.

Im neuen sächsischen Staatshaushaltplan erscheinen zum erstenmal die früheren Dresdner Hofbühnen, die jetzigen Staatstheater, unter der Überschrift Zuschußkapitel. Der Zuschuß, den der frühere König zur Unterhaltung der Bühnen aufgewendet hat, betrug sich vor dem Kriege zwischen 1,08 und 1,21 Millionen jährlich, während des Krieges von 1914 bis 1917 wurden von kaiserlicher Seite im Durchschnitt über 1,50 Millionen aufgewendet. Für 1920 belaufen sich die Ausgaben auf 7,81 Millionen, die Einnahmen auf 4,96 Millionen, so daß ein Zuschuß von 2,85 Millionen nötig ist.

Um die Rechtsgültigkeit einer Höchstpreisverordnung handelte es sich in einem Strafprozeß, den das Oberlandesgericht Dresden beschäftigte. Bezeichnenderweise hatte man es dabei um gegenseitige Rechtsauffassungen des Reichswirtschaftsministeriums und des sächsischen Wirtschaftsministeriums zu tun. Der Grünwarenhändler Jahn in Bad Elster war in erster und zweiter Instanz wegen Höchstpreisüberschreitung verurteilt worden, weil er Ende August 1919 zwei Zehner Tafelbirnen für 1,10 Mk. des Hund im Kleinhandel verkauft hatte, obgleich das sächsische Wirtschaftsministerium durch Verordnung vom 21. August 1919 für Tafelbirnen einen Höchstpreis von 60 Pf. festgesetzt hatte. Der Angeklagte hatte diese Verordnung gekannt, aber deren Rechtsgültigkeit bestritten. Im Gegensatz hierzu hat das Landesgericht Bautzen erklärt, daß die Reichsstelle für Gemölle und Obst für Höchstpreise für Obst für unzulässig erklärt habe, daß aber trotzdem die Landeszentralbehörden die Befugnis hätten, Befugnis der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen Höchstpreisvorschriften zu erlassen. Auf die Revision des Angeklagten hat das Oberlandesgericht das Reichswirtschaftsministerium gehört, welches die Ansicht vertritt, daß die sächsische Landesstelle für Gemölle und Obst nicht in der Lage sei, von sich aus solche Höchstpreise festzusetzen, weil dem die Reichsverordnung vom 3. April 1917 hindernd im Wege stehe. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat sich im Widerspruch hiermit dahin ausgesprochen, daß es als Landeszentralbehörde befugt ist, die Regelung des Verkehrs mit Obst vorzunehmen, soweit die Reichsstelle von der ihr zustehenden Befugnis keinen Gebrauch mache. Es stütze sich dabei auf § 12 der Preisprüfungsstellenverordnung und auf das Höchstpreisgesetz. Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel verworfen. In Bezug auf die Rechtsgültigkeit der sächsischen Ministerialverordnung lägen keine Bedenken vor. Wohl sei durch Reichsverordnung vom 3. April 1917 den Reichsstellen die Regelung der Verkaufspreise vorbehalten, aber damit sei diese Materie noch nicht erschöpfend geregelt. Wenn die Reichsstelle von Festsetzung von Höchstpreisen Abstand nehme, so kehre der Landeszentralbehörde wohl das Recht zu, ihrerseits solche Bestimmungen zu treffen.

### Die Forderungen ehemaliger Kriegsgefangener Sachsen.

In einer in Chemnitz abgehaltenen, starkbesuchten Vertretertagung der Reichsvereinigungen ehem. Kriegsgefangener, Landesgruppe Sachsen, die 105 Ortsgruppen mit über 25 000 Mitgliedern umfaßt, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Wir ehem. Kriegsgefangenen fordern: 1. Bei allen Kommissionen, die im Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Wohlfahrtsministerium, Finanzministerium und Finanzamt Kriegsgefangenenangelegenheiten bearbeiten, sind von jetzt ab ehem. Kriegsgefangene hinzuzuziehen. 2. In allen staatl. Betrieben ist das weibliche Personal sofort durch Kriegsgefangene zu ersetzen und hierbei vor allem kriegsbeschädigte Kriegsgefangene zu berücksichtigen. 3. Die sächs. Regierung wolle nachdrücklich alle kommunalen Behörden darauf hinweisen, daß der § 20 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 in weitestgehendem Maße für die ehem. Kriegsgefangenen Anwendung findet, und daß bei Einstellung in behördlichen Betrieben die Kriegsgefangenen bevorzugt werden.

Protest der Lehrer gegen ihre Einreihung in der Besoldungsordnung. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer hat eine Entschliessung gefaßt, in der sie „äußerste Empörung“ dagegen zum Ausdruck bringt, daß die Volksschullehrer in die 7. Besoldungsklasse eingereiht werden sollen. Sie wollen höher hinaus und fordern speziell von der rechtssozialistischen Volkstammerfraktion entsprechende Garantien. Die Lösung dieser Frage sei ein Grabstein für die Stellungnahme der Parteien zu den Schul- und Erziehungsfragen.

Eine Million zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen. Die Reichsarbeiterschaft für den Bergbau hat der Spar- und Baugenossenschaft in Richtenstein-Carlberg eine Million Mark zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen bereitgestellt.

Dr. Gradnauer auf der Reichsliste der Reichssozialisten. Nach Wittermeldungen wird der frühere Ministerpräsident Dr. Gradnauer, der bekanntlich von seinen Dresdner Parteigenossen fallen gelassen wurde, auf die sozialdemokratische Reichsliste zu den Reichstagswahlen an hervorragender Stelle gesetzt werden.

Ein Reichs-Siebertag, einberufen von der Reichs-Arbeitsgemeinschaft für Sieblungsfragen, findet am 20.—21. Mai 1920 in Dresden statt, unter Teilnahme fast sämtlicher deutscher Sieblungs-Gesellschaften, Vereinigungen, Sieblungsbeamten, sowie Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, des Handels und der Industrie.

### Aus der Umgebung Leipzigs.

Achtung! Ein 11-jähriger Junge ist entlaufen in der Richtung Hartmannsdorf-Zwenkau. Es wird gebeten, ihn festzunehmen und Telefon Leipzig 10149 anzurufen.

Wahlh. Schulvorstandsbildung. Es wird beschlossen, auch den Lehrern einen Zuschuß von 50 Prozent auf die neue Besoldungsordnung zu gewähren. — Ein größerer Vorkurs gutes Schreibpapier ist gekauft worden und soll zu Schreibheften verarbeitet werden, die den Kindern unentgeltlich überlassen werden sollen. — Der Schulsaal steht einer Reihe von Vereinen zur Verfügung. Dadurch entsteht ein ziemlich beträchtlicher Aufwand für Beleuchtung. Beschlossen wird, die Vereine zur Beitragsleistung heranzuziehen und die Jugendvereinigungen davon freizulassen. Dabei kommt die Verbreitung von Flugblättern der freien sozialistischen Jugend zur Sprache, die das Mißfallen einer Anzahl Schulvorstandsmitglieder erregt haben. Nach ergebnisloser Aussprache werden dabei antwortende Unrichtigkeiten zurückgewiesen und dem Wunsch Ausdruck gegeben, in der Schule Flugblätter nicht zu verbreiten, die zu mißverständlichen Anschauungen über unser Schulwesen führen können. Hierbei man bemerkt werden, daß sich gerade in der sog. Jugend der anständig gekleidete Teil unserer jungen Leute zusammenfindet, die sich jederzeit bemühen, gegen Lehrer und Erwachsene ein angemessenes Verhalten zu zeigen. — Ein größerer Teil des Schulareals soll als Schulgarten und Hofraum herangezogen werden. Eine Verordnung hat ergeben, daß sich dabei unter Berücksichtigung der dringendsten Anforderungen 17 000 Mark Kosten ergeben, die durch ein kurzfristiges Darlehen aufgebracht werden sollen. — Um festzustellen, ob die Eltern unserer Schüler die Errichtung des konfessionellen dogmatischen Religionsunterrichts auch fernherhin wünschen, sollen Formulare ausgegeben werden, auf denen eine entsprechende Willenserklärung erfolgen soll. Alle Eltern, die eine vernünftige Erklärung ihrer Kinder wünschen, mögen also ein großes, deutliches Kreuz auf das Formular schreiben. Sie haben es nun in der Hand, der systematischen religiösen Beeinflussung ihrer Kinder ein für allemal ein Ende zu machen. — Demnach wird auch die Wahl von Elternbetreibern erfolgen. Arbeitereltern, seid auf dem Posten!

Wählen. Gemeinderatswahlen. Wegen der Unterbringung der Gemeinderäte der Frau Leonhardt sollen in Oberitz bei Großsch. Erdungsanlagen eingeschoben werden, falls diese günstig aus, soll der jüngere der Knaben dorthin kommen. Wegen des älteren Knaben soll erst im Zwenauer Amtsblatt annonciert werden. So müssen Proclartiereltern hin und her geschoben

werden. — Der Erhöhung der Lohnsummenberechnungen von 100 Prozent wurde zugestimmt. — Ferner nahm man Kenntnis von der Erhöhung der Strompreise. — Wegen der Bestrafung teilte der Gemeindevorstand mit, daß er noch einmal verständlich bei der Amtshauptmannschaft gegen die Höhe derselben Einspruch eingebracht hätte, allerdings ohne Erfolg. Es bleibt also nichts weiter übrig, als zu bezahlen, wenn es auch einigen der bürgerlichen Herren recht schwer fällt. — Ein Betrag von 1000 Mk. als Jubiläumsgeld für die Amtshauptmannschaft angefordert worden. — Die Reklamationsüber die Wertminderungen, die von den Herrrn Rosenhard, Breitling und Wlaga eingereicht worden sind, wurden zurückgewiesen. Die Reklamation des Herrn Wlaga soll noch einmal einer Prüfung unterzogen werden. — Unter den eingegangenen Schreiben befand sich unter anderem eine Eingabe der Feuerwehr, wovon Nachforschung von fehlenden Gemeindevoten, sowie in Schritten des Ernährungsamtes, in welchem der Bescheid mittelste, daß sämtliche Mitglieder beschloßen hätten, ihr Amt niederzulegen. Er dat um Zustimmung des Gemeinderats. Genosse Kirchbach begründete die Zurückweisung. Da die Gründe für nicht stichhaltig befunden wurden, verworfen wurde die Zustimmung. — Das der Gemeinde gehörige Obst wurde mit 1500 Mk. gegen Hagelschlag versichert. — Der Gehalt des Gemeindevorschalters Gartner wurde von 60 auf 75 Mk. erhöht.

Marxantstadt. Es wird zur Kenntnis genommen, daß das Oberverwaltungsamt das Mandat des Stadtverordneten Landmann zu Recht anerkannt hat, wir somit auf den dreizehnten Abgeordneten verzichten müssen. Des weiteren hat das sächsische Wirtschaftsministerium die von der Stadt geforderte Summe wegen Abschaffung einer Straße der Staatsstraße an der Zwenauer Straße für zu hoch, deshalb verweigert die Stadt die Abnahme. — Laut Vereinbarung mit der Gasanstalt, infolge der Erhöhung der Kohlenpreise, erhöht sich der Gaspreis ab 1. Mai auf 1,25 Mk. pro Kubikmeter. Auch die Landstrasse Kulkwitz haben die Preise für elektrischen Strom erhöht, so daß die Stadt für Kraftstrom 1,40 Mark, für Lichtstrom 1,00 Mark nehmen muß und wird bei weiteren Kohlenpreiserhöhungen der Stadtrat ermächtigt, die Preise entsprechend festzusetzen. — Infolge der erhöhten Beschäftigungskosten haben sich die Schenkensöhne um 10 000 Mark erhöht. Die Dauerschüsse, soweit diese auf Kosten der Stadt übernommen werden müssen, genehmigt für die letzten Bauarbeiten, für die eine Verbesserung ihres Wasserabflusses eintritt, werden die Selbstkostenverrechnung. — Der Gemeindevorstand eines Ortschaftes über die Erhöhung von Gebühren in Bauangelegenheiten stimmt man zu. — Für die weitere Einrichtung der Obstdianlage am Lebnauer Wege werden 3000 Mk. bewilligt. — Da der Turnunterricht in hiesiger Fortbildungsschule aufgenommen ist, wird derselbe von März 1920 bis 1921 den hiesigen Turnvereinen übergeben. Sie erhalten dafür eine Entschädigung von 5 Mk. pro Schüler. Die Verhältnisse übernimmt die Stadt resp. die hiesige Krankenkasse die Erhöhung der Vergütung für auf 2000 Mk. beläuft. — An Stelle des Stadtmusikdirektors Götzert tritt Herr Komack. Dessen Gehalt wird auf 650 Mk. für Musikanten und Konzerte im Winterpark bewilligt. — Genosse Tünger erhält für die Vertretung während der Krankheit des Herrn Bäckermeisters 800 Mk. — Stadtkassier Herr Kohl bewilligt man zwei Drittel seiner Lohnsummen. — Herr Stadtrat Dr. Hahn gibt Bericht von der eingeleiteten Kommission, die die Verleumdungen gegen die drei Stadträte untersuchen sollte. Es ist festgestellt worden, daß gegen keinen etwas beigebracht werden konnte, so daß die Auswürfe des betreffenden Beamten auf Unwahrheit beruhen. Es wird aber ein Disziplinarverfahren gegen diesen Beamten eingeleitet. — Wegen der Gehälter der Lehrer und Beamten ist man der Ansicht, da die neue Gehaltsaufbesserung der Verordnung vom 1. April noch nicht in Kraft getreten ist, diesen Vorläufe in Höhe von 30 Prozent zu gewähren; auch für Expedienten und Hilfsarbeiter soll es reichen.

### Gerichtssaal.

#### Die Versorgung mit Frühgemüse.

Die Verhandlungen gegen den Gemüsegroßhändler Eduard Kniffhager wurden am Dienstag fortgesetzt mit der Ermittlung des Wertes der einzelnen Wagenladungen. Nach Anhören der Sachverständigen wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt behauptete, die angelegene Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums verletze zu Recht, der Angeklagte habe sie gekannt. Wegen 6 Wagen hat das Hauptamt Leipzig dem Angeklagten einen Strafbescheid über 253 333,36 Mk. ausgehen lassen, 17 Wagen sind dem Angeklagten durch die Zollbehörden ausgeliefert worden, und weitere 17 Wagen, für die der Angeklagte als Empfänger galt, sind dem Städtischen Großmarkt überliefert worden. Der Staatsanwalt stellt den Gesamtantrag: Sollte das Gericht entscheiden, daß die letzten 17 Wagen nicht von dem Angeklagten bestellt und ausgeführt sind, dann müssen die holländischen Exporteure vernommen werden. Wegen der übrigen 3 Wagen wurde die Anklage fallen gelassen.

Der Verteidiger Dr. Landmann führte aus, wenn der Angeklagte ein Schieber wäre, dann drohe ihm eine Gefängnisstrafe von 10—20 000 Mk. Aber K. sei kein Schieber, sondern habe Waren zur Ernährung der Bevölkerung eingeführt. Wenn die Strafe für die 34 Wagen in der gleichen Weise wie im Strafbescheid berechnet werde, erhalte der Angeklagte eine Gefängnisstrafe in phantastischer Höhe. Der Angeklagte könne für sich in Anspruch nehmen, daß er nach der Verordnung vom 14. Januar 1919 keine Einfuhrscheine brauche, daß er zwei Scheine zur Einfuhr von 80 000 Kilogramm besaß und einen Bescheid in Händen hatte, der ihm 18 Prozent der Lieferung für den Bedarf des Kommunalverbandes zugestanden. Die Freilassung müsse erfolgen nicht nur auf Grund der Rechtslage, sondern auch der Billigkeit, denn der Angeklagte habe sich Verdienste um die Ernährung der Leipziger Bevölkerung erworben.

Verteidiger Dr. Druetz zitiert den Gehalt des Reichsministers vom 17. Mai 1919: Wer Lebensmittel bereitstellt, dient dem Vaterlande. Der hier geforderten Tätigkeit seien Schranken gesetzt worden durch die Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums, worunter die Ernährung der Stadt Leipzig besonders gelitten habe. Der Angeklagte habe sich nicht über die Verordnung hinweggesetzt um seines Vorteils willen. In früheren juristischen Darlegungen wird die Gültigkeit der Verordnung bestritten. Wenn die Zollbehörde die Ware ausgehändigt, bestrebe keine Kontenabrechnung. Für die anderen 17 Wagen habe der Expeditur die erforderliche Erklärung bei der Grenzpolizei abgegeben. Nach der Verordnung vom 22. März 1920 müsse der Angeklagte straffrei angesehen. Er erwarte daher Freisprechung.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

### Briefkasten der Redaktion.

M. B. 5. Dafür gibt es keinen feiten Satz. Der Mann hat für den gesamten handgemachten Unterhalt aufzukommen. Wenn er diese Pflicht vernachlässigt, können Sie ev. Lohnbeschlagnahme erwirken.

Trene. Sie müssen bei dem Standesamt, in dessen Standesregister das Kind eingetragen ist, einen entsprechenden Antrag stellen. Die Zustimmung der Mutter und des Vormundes ist notwendig. Besondere Kosten entstehen nicht. Das Kind erhält dann Ihren Namen. — 1. Mk. für die Parteifolge.

E. G. Schwarzkopf. Sie können dann nur ein Gesuch um Erlaubnis machen, das bei der Staatsanwaltschaft einzuweisen ist.

B. 3. 10. Einen Zwang können Sie nicht ausüben. Sie müssen eine Einigung zu erzielen suchen. Der Frau steht es frei, jederzeit einen Rechtsanwalt zu ihrer Vertretung zu bevollmächtigen.

H. N. 18. 1. Da kein anderes Beweismittel vorhanden ist, hängt die Entscheidung von der Leistung eines Eides ab, der dem Kläger zugehoben werden wird. 2. Sie müssen sich von der Gemeindegewalt die Vermögenshaftigkeit bescheinigen lassen und dann beim Prozeßgericht die Erteilung des Armenrechts beantragen.

E. D. 125. Schreiben Sie an das sächsische Kriegsministerium in Dresden, Abteilungsamt, Verlegungsabteilung.

H. N. 18. 1. Wenn Sie den Keller gemietet haben und ihn nicht benutzen können, können Sie einen entsprechenden Betrag von der Miete kürzen, wenn der Mißstand nicht innerhalb angemessener Frist beseitigt wird. Sie sind zur Wegschaffung des Wassers nicht verpflichtet. 2. Die Sicherung überbehalten aus übliche Maß. Können Sie die Einweisung des Mietvertragsamtes an.

S. 20. Nehmen Sie jede Zahlung ab mit der Begründung, daß die Forderung längst verjährt ist.

B. D. 45. Ja, die Mollität ist best.











Nummer 3  
Mittwoch,  
19. Mai 1920

# Wahlzeitung

## Der 6. Juni ist Wahltag!

Beilage  
der Leipziger  
Volkszeitung

### Die Umsatzsteuer.

III.

#### Die Rentabilität der Steuer.

Wenn eine wirksame Kontrolle darüber geschaffen werden soll, daß wirklich alle Umsätze erfasst werden und daß keinerlei Umgehungen der Steuer stattfinden, so muß ein gewaltiger Kontroll- und Kontrollapparat geschaffen werden. Die Geschäftsbücher eines jeden Unternehmers, eines jeden Händlers müssen eingehend nachkontrolliert werden. Ein Kontrollapparat würde dazu gehören, der in seiner Ausdehnung nicht hinter dem Apparat zurückbleiben würde, den man zur Durchführung der Volksozialisierung in Deutschland gebrauchen würde. Einen solchen Apparat zu schaffen für eine einzelne Steuer ist eine Unmöglichkeit. Es ist deshalb für Fabrikanten wie Händler durchaus die Möglichkeit gegeben, die Steuer zu umgehen. Für den Konsumenten wird eine derartige Steuerumgehung ohne Nutzen sein. Ihm wird die Ware, selbst wenn es sich um Schmuggelware handelt, zu dem Preise berechnet werden, der die Steuer in sich schließt. Bei solchen Umgehungen wird lediglich für Fabrikanten wie für Händler ein Extraprofit herauspringen. Um dies nach Möglichkeit zu verhindern, wird ein großer Kontrollapparat angewandt, der außerordentlich kompliziert ist und die Rentabilität der Steuer einschränkt. Jegliches Ende aber wird es immer vom guten Willen der Steuerzahler — nicht der Steuerträger! — abhängen, wie hoch der Beitrag der Steuer sein wird. Allgemeine Vertierung, allgemeine Schröpfung der Verbraucher, aber unsichere Einnahmen für den Staat, das muß bei dieser Steuer schließlich herauskommen. Auch diesen Nachteil des indirekten Steuersystems zeigt die Umsatzsteuer im großen.

#### Die Wäter des Gesetzes.

Wenn darum durch ein Gesetz die Unmöglichkeit und die schreiende Ungerechtigkeit des indirekten Steuersystems aufzuheben ist, dann durch dieses Umsatzsteuergesetz. Ausgerechnet der Nationalversammlung, die ihr Dasein der Resolution und den Arbeitern verdankt, blieb es vorbehalten, dieses Arbeiterfeindliche, durch und durch reaktionären Charakter annehmende Gesetz zu schaffen. Dieses Gesetz stellt sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse hemmend in den Weg. Es ist kein Zufall, daß der Gedanke des Umsatzsteuergesetzes einem Feindtrahanten, dem Herrn des Abgeordneten Müller-Fulda, entsprang. Nur ein Feindtrahant, der in der dauernden Anfechtung der Arbeiterklasse eine notwendige Ordnung sieht und mit seinen Anschauungen in dem Gedankenkreis der Tage der härtesten Reaktion haftet, die Jahrhunderte zurückliegt, konnte diesen Gedanken aufheben. Der Feindtrahant Finanzminister Erzberger aber, der ihn in so monströser Weise verwirklicht.

Bei der Verwirklichung dieses Gedankens aber haben die Koalitionsparteien wie die reaktionären Parteien Disziplin geübt. Der Gesetzentwurf über das Umsatzsteuergesetz konnte nur vorgelegt werden, wenn die Koalitionsparteien einverstanden war. Die regierenden Rechtssozialisten und Demokraten tragen danach die Verantwortung an diesem Gesetz mit. Und nicht nur die Vertreter dieser Parteien in der Koalitionregierung! Das Zustandekommen des Umsatzsteuergesetzes war nur möglich infolge eines parlamentarischen Abkommens zwischen Rechtssozialisten und bürgerlichen Koalitionsparteien, das ähnlichen Kompromissen aus der Zeit des seligen Schnapshotels ebenfalls zur Seite steht. An diesem Kuhhandel zeigt sich das ganze Wesen der Koalitionspolitik. Rechtsnotopfer gegen Umsatzsteuer — unter dieser Parole ging der Kuhhandel vor sich. Das Rechtsnotopfer in der einen oder der anderen Form war unvermeidlich, wenn überhaupt der Versuch gemacht werden sollte, den Staatsbankrott durch die Anspannung der Steuern aufzuhalten. Die Umsatzsteuer war aber gar nicht notwendig, sie ist eine reine, gegen die Arbeiter gerichtete Klassensteuer, die durch eine andere Steuerart ersetzt werden konnte, die den Anforderungen sozialistischer Steuerpolitik entspricht. Der Kuhhandel lief also darauf hinaus, daß die bürgerlichen Parteien in der Koalition den Rechtssozialisten ein Zugeständnis machten, das kein Zugeständnis war, daß auf der anderen Seite um dieses scheinbaren Zugeständnisses willen die Rechtssozialisten ihre Grundzüge — siehe Erzberger Programm! — in elegantester Form verrieten und den bürgerlichen Parteien ein Klassen-gesetz gegen die Arbeiter zugestanden. Das ist noch immer das Wesen der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien.

Die parlamentarische Beratung dieses Gesetzes begann, ehe dieser Kuhhandel noch zum Abschluß gekommen war. Die Rechtssozialisten gingen deshalb in der ersten Beratung um das heiße Eisen des Umsatzsteuergesetzes herum, wie die Rabe um den heißen Brei, und ihr Sprecher, der Abgeordnete Adolf Braun, mußte feierlich versichern, daß die rechtssozialistische Partei es ablehnte, — nicht etwa dem Gesetze zuzustimmen —, sondern zu dem Gesetze Stellung zu nehmen, ehe nicht alle möglichen direkten Steuern erschöpft wären. Es war den Koalitionsparteien überhaupt nicht wohl bei diesem Gesetze, und sie haben bei der Bevölkerung um gut Weiter, indem sie mit möglichst starken Worten das Gesetz charakterisierten, das von ihrer eigenen Regierung vorgelegt worden war. Besonders der Demokrat Waldstein leistete sich dabei einiges. Er sprach von einer Steuer, von einer bedenklichen Steuer, von einer bedenklichen Schädlichkeit nach vielen Richtungen hin, um nicht zu sagen Verwerflichkeit. Nur der Finanzminister schwamm oben auf bei der allgemeinen Verleumdung und suchte vor dem Urteil der minderbemittelten Bevölkerung und verächtliche: Sie können gar nicht genug indirekte Steuern bewilligen. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber nahm, wie selbstverständlich, von vornherein eine konsequente ablehnende Haltung ein und ihr Sprecher, der leider für die großen Aufgaben der Zukunft zu früh verstorben Genosse Braun zeigte eindringlich den arbeitserfreundlichen Charakter des Gesetzes auf.

In der Kommission begann nun der Kuhhandel, und als es in der Vollziehung der Kommission nicht weiter ging, schickten die Koalitionsparteien hinter den Kulissen weiter. Das Ergebnis des

Kuhhandels war die Zustimmung der Rechtssozialisten zum Umsatzsteuergesetz unter der Voraussetzung, daß die bürgerlichen Parteien das Gesetz über das Rechtsnotopfer annehmen würden. Bei der zweiten Beratung erklärte dann der Sprecher der Rechtssozialisten ganz offen, daß ihre Zustimmung der Betrachtung der politischen Konstellation entsprungen wäre. Das ließ offen zu stehen, daß die Rechtssozialisten ihre Grundzüge in der Steuerpolitik verraten, eine ungeheure Steuerlast für die Arbeiter mit geschaffen haben, um ihre Siege in der Regierungskoalition zu behalten.

Die Schädlichkeit, die schreiende Ungerechtigkeit dieses Gesetzes ließ sich nicht verbergen. Die Rechtssozialisten, wie die bürgerlichen Parteien traten deshalb mit der Entschuldigung vor die Bevölkerung, daß dieses Gesetz notwendig sei, weil die Grenze der direkten Besteuerung erreicht sei. Den Beweis für die Behauptung, daß die direkten Steuern sich nicht weiter anspannen ließen, blieben sie schuldig. In den Parlamentardebatten wurde ihnen nachgewiesen, daß direkt wie indirekte Steuern aus denselben Quellen fließen, daß es deshalb auch möglich sein müsse, die direkten Steuern weiter anzu-spannen, wenn die Möglichkeit einer weiteren Anspannung der indirekten Steuern vorhanden sei. Diesem Nachweis gegenüber blieben die Wäter des Umsatzsteuergesetzes die Antwort schuldig. Selbst der vielgewandte Herr Erzberger konnte keine Theorie vorbringen, die ihre Behauptung hätte stützen können. Und auch der große Volkswirtschaftler Adolf Braun versagte. Der wahre Grund liegt eben darin, daß die Anspannung der direkten Steuern, die nach oben progressiv sind, zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen und daß man nach unten progressive direkte Steuern nicht einführen mag, weil man die Explosion der Erbitterung in den Kreisen der Arbeiterschaft fürchtet, die notwendig darauf folgen muß. Deshalb wählte man den Weg der indirekten Steuer, die nicht minder ungerecht und arbeitserfeindlich ist, die aber für das Volkstum den Vorzug hat, daß dem einzelnen Steuerträger, daß dem Arbeiter vor allem verborgen bleibt, wieviel er eigentlich an Steuern bezahlt.

Aus diesen Betrachtungen aber ergibt sich, ein wie großes Verbrechen die Rechtssozialisten mit ihrer Zustimmung zum Umsatzsteuergesetz an der Arbeiterschaft begangen haben. Im Augenblick, wo die Klassenverhältnisse sich so angepielt haben, daß ein Festhalten an den sozialistischen Grundzügen der Steuerpolitik zu einer revolutionären Handlung wird, in diesem Augenblick haben sie den Boden dieser Grundzüge, den Boden des Klassenkampfes verlassen und ein Gesetz geschaffen, dessen Zweck es ist, die Existenz des kapitalistischen Systems zu retten um den Preis schlimmster Ausbeutung der Arbeiterschaft. Auf ihnen wie auf den bürgerlichen Parteien lastet deshalb die Schuld an der Verzerrung, an der Verleumdung der Arbeiterschaft, die auf dieses Gesetz mit Notwendigkeit folgen muß.

### Das verpfändete Wort.

Die Regierung hat mit Hilfe der Gewerkschaften die Arbeiterschaft, die sie während des Rapp-Dittches selbst zum Generalstreik anrief, schände abgepeist mit den Versprechungen, die in den acht Punkten der Gewerkschaften festgelegt sind. Es ist heute an der Zeit, zu fragen, was von diesen Versprechungen erfüllt worden ist. Der Punkt 1 forderte entscheidenden Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen auf die Neuregung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze. Es ist nicht das geringste zur Durchführung dieser Forderung geschehen. Punkt 2 verlangte sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch Beteiligten. Die Marinebrigade Ehrhardt und alle übrigen Meuterer sind noch heute nicht entwaffnet, kein einziger der putschistischen Offiziere, vor allem der Hauptstabschef, ist bis jetzt bestraft. Auch die in Punkt 3 geforderte gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung macht bisher nur in Preußen zaghafte Fortschritte. In den übrigen Bundesstaaten, vor allem in Bayern und im Reich selber geschieht auch hier nicht das geringste. Die Mittelschichtung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der schnellsten Durchführung der Verwaltungsreform, die in Punkt 4 gefordert wurde, ist nicht einmal im allerbesten Sinne in Angriff genommen worden. Für den in Punkt 5 geforderten Ausbau der sozialen Gesetze, der die volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten sollte, ist nicht ein Schritt geschehen. Ebenfalls ist die in Punkt 6 geforderte sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung begonnen worden. Man hat sogar es bis heute verstanden, den Zusammentritt der Sozialisierungs-kommission zu verhindern. Die nach Punkt 7 zugesagte Auflösung der konterrevolutionären militärischen Formationen ist nicht erfolgt. Ebenfalls hat man etwas zur Erfassung oder Enteignung der Lebensmittel, die die Regierung in Punkt 8 zusagte, getan.

Die Arbeiterschaft ist also aufs schwerste irregeführt, hintergangen und betrogen worden. Die Verantwortung dafür tragen die drei Koalitionsparteien. Niemand soll bei den Wahlen vergessen, daß nicht nur Zentrum und Demokraten, sondern auch die Rechtssozialisten die Schuld daran tragen, daß die Arbeiterschaft um den Erfolg ihres Sieges, in der Welt einzig dastehenden Generalstreiks betrogen worden ist.

### Die Kapitalisten des blauen Bluts.

Die herrlichen Zeiten, denen und die allein seligmachende, Bürgerlich angeblich schonende Regierungskoalition der Rechtssozialdemokratie mit dem demokratisch-parlamentarischen Bürger-tum nach der Revolution entgegengeführt hat, offenbaren sich nicht zuletzt in der famosen, ganz volksfeindlichen Art, wie die geprüften Donatisten von den letzten parlamentarischen Trägern der Regierungsgewalt „abgegeben“ werden sollen. Als am 9. November die Kronen und Kränzen auf das Straßensplatter fallen, glaubte das Volk, das die Dynastien aller jener 22 Diktatoren in den vergangenen Zeiten bis aufs Blut ausgefaßt hatten — keine verbrecherischere Herrschaft hat es ja nach einem Urteil

Franz Meißings jemals in der Geschichte gesehen, als die Ausbeuterklasse der deutschen Fürsten des 17., 18. und noch des 19. Jahrhunderts — daß es nun ein für allemal mit dem selbstherrlichen Spieß in Deutschland aus sein würde. Daß die geistlichen Fürsten dank einer famosen Gesetzgebung, die noch zum größten Teil aus der finsternen Zeit der Heiligen Allianz und der Reiter-nische stammte und gegen die die bürgerlichen Parlamente fast nie aufzukommen gewagt hatten, sich selbst samt und sonders in den Rang von Großkapitalisten und Großgrundbesitzern neben ihrer Herrscherwürde und Herrscherbegehrung erhoben hatten, wußte das Volk ja schon längst vorher. So war zum Beispiel der sächsische König der zweit- oder drittgrößte Grundbesitzer in Deutschland, während andere Fürsten wieder, wie z. B. auch die Hohenzollern, das dem Staate abgenommene Volk in Industrieunternehmungen reichlich angelegt hatten.

Nun ist zwar der Revolutionsvorgang der Einführung der formalen Volksherrschaft und des Sturzes der Despoten von ihren Thronen beschied, trotz rechtlichen Bemühens der konterrevolutionären Parteien, nicht ausdäunlich zu machen gewesen. Um so kräftiger war die Gegenrevolution deshalb bemüht, wenigstens die gebliebene Kapitalistenstellung der Dynastien, ihre finanziellen Regiererechte zu wahren. Zum Teil bewußt, zum Teil unbewußt mag dabei der Gedanke treibend gewesen sein, daß die Rückkehr zu monarchischen Zuständen in Deutschland Kronbewerber voraussetzte, die eine geistliche Hausmacht hinter sich hatten. Die monarchischen Rechte wurden also den Wettlinern, Wittelsbachern, Koburgern, Hohenzollern und wie sie alle heißen, zwar genommen und blieben ihnen bis heute genommen; ihre finanziellen und kapitalistischen Privilegien aber hat man ihnen um so vorsichtiger und rückwärtslos aufbewahrt. Die „Abfindungsvorschläge“ der letzten republikanischen Regierungen in den verschiedenen Bundesstaaten geben davon ein herabes Zeugnis.

In Preußen hat den Abfindungsgesetzentwurf der sozialdemokratische (!) damalige Finanzminister Siedekum entworfen. Als er in der Presse erschien — er ist heute noch nicht im Parlament erledigt — schrieb selbst der rechtssozialistische Vorwärts:

„Wenn ein Kaufmann sein vom Vater ererbtes gutgehendes Geschäft leichtsinnig zugrunde richtet und in Konkurs gerät, dann verliert er sein Vermögen. Wilhelm von Hohenzollern ruinierte Deutschland, aber er bekommt dafür noch etwas herausbezahlt, und zwar eine recht beträchtliche Anzahl von Millionen.“

Von den „Abfindungs“vorschlägen Siedekums selbst ist der der bemerkenswertere, daß das Hohenzollernsche Adelsvermögen „im Interesse der Allgemeinheit aus seinem Privatvermögen Grundstücke, Kunstwerke und andre Gegenstände und Rechte an den Staat abgibt, für die dieser eine Abfindung von 100 Millionen zahlen soll“. Ja, wie ist denn das Privatvermögen der Hohenzollern entstanden, es sei denn eben durch Bemüherung der Staates und Ausbeutung staatlicher Leistungen für die eigenen Zwecke. Das Vermögen Wilhelms stammt doch aus einer Zeit, da der Fürst sich als den Staat selber betraugte; „Staat c'est moi!“ — nach einem geflügelten Wort. Nun soll der Staat dafür, daß er früher von seinen Fürsten um seine finanziellen Erträge hemdelt worden ist, aber für diesen Raub, wenn auch einen legitimen und gefeh-mäßigen, noch 100 Millionen herausbezahlen!

Diese 100 Millionen Entschädigung Preußens an Ex-Wilhelm sollen aber nicht an die Krone ausgezahlt, sondern auf die Reichs-schulden vom Privatvermögen der Hohenzollern berechnet werden. Mit andern Worten: Die Hohenzollern sollen damit vor der großen Reichsverschuldung der Erzbergerischen Steuerreform befreit werden.

Was Wilhelm von Hohenzollern als „Privatvermögen“ ohne weiteres erhalten soll, geht aus folgender Liste hervor:

- 8 Schlösser,
- 83 Villen und Grundstücke,
- Häuser in Berlin, Potsdam, Kiel usw.,
- Herrschaft Schwedt,
- Beschlüssen in Dels, Cadixen, Rominten, Arweiler usw. usw.,
- Viele Haus- und Feldkommunikation mit Kosten,
- Das Privatvermögen mit 175 Millionen Mark an Industriekapital und Obligationen,
- Die Kronjuwelen.

Da bei diesem sehr erbärmlichen Besitz der arme Mann aus Amerongen nun tatsächlich nicht wohnt, wohnt sein müdes Haupt legen, stellt der Staat Preußen noch für seine Lebenszeit, für die der Kaiserin, des Kronprinzen und dessen Frau, Schloß und Park Homburg, Cäcklenhort, Warmorpalais

zur kostenlosen Benutzung zur Verfügung. Ein Mausoleum in Potsdam ist freiwillige Ausgabe.

Aber es kommt noch besser. Die Kronrente fällt nach dem Vertrag erst vom 1. April 1920 ab weg. Für seine merkwürdige Regierungstätigkeit im Lande des Holländer Käses erhält Wilhelm also auch noch für 17 Monate Pension Gehalt. Damit ist geradezu eine Kränze für seine Desertion ausgezahlt. Sämtlicher Trost des Hofes, Hofbeamte, Pensionäre, Wartegeldempfänger usw. werden ferner vom Staate „gehalten“. Trotz der enormen Reichtümer, die sie erhält, verzichtet also die ehemalige Dynastie zu Lasten des Staates auf ihre vornehmste Menschen- und Brotergebenspflicht.

So soll in der Tat, wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Parteien einschließlich der Rechtssozialisten gehen wird, die auf Kosten des Staates zusammengebrachte Hausmacht der Hohenzollern völlig ungeschmälert erhalten bleiben. Wilhelm ist weiter als einer der reichsten Leute Deutschlands gerettet und die Gefahr herbeigerufen, daß er und seine Familie die mächtigen finanziellen Mittel, die ihnen die Konterrevolution aufschüttelt, bei der Unmöglichkeit, sie allein für privates Ansehen auszugeben, als Handhabe für politische Zwecke in Bewegung setzen. Verdrämmerte Throne können gerade heute nur auf Dukaten und Wertpapieren wieder aufgestellt werden. Die Abfindung der Hohenzollern bedeutet nicht nur einen Faustschlag gegen die Interessen des deutschen Volkes, das in einer Zeit zu leben hat, in der den öffentlichen Körperschaften noch nicht einmal die allerdingendsten Summen für Kultur- und Gesundheitswerke zur Verfügung stehen, sondern sie bedeutet auch eine geradezu bewußte und planmäßige Vorbereitung der Rückkehr der monarchischen Regimes in Preußen-Deutschland, des schuldbeladenen Hohenzollernregiments.

Die gleiche Verhöhnung des Volkswillens soll in Bayern bei der Abfindung der Dynastie Wittelsbach stattfinden, das gleiche Schindelderspielen mit der Republik durch Provokation der direkten monarchistischen Gefahr.

Der ehemalige bayrische König fordert für sich: eine jährliche Abfindung von 600 000 Mk., zum Ausgleich des gesunkenen Geldwertes umgewandelt in eine Forderung von 2 Millionen Mark.

Schloß und Villa in Berchtesgaden im Werte von 2 Millionen Mark.  
Königsee, Hintersee, St. Bartholomä im Werte von 10 Millionen Mark.



Gesamt Rohrenfeld mit Bergwerken 6 Millionen Mark, Staatswald 41 Millionen Mark, Ackerbau in Münden, Schachtlammer, Silber- und Leinwandlamm, nach sachverständiger Schätzung im Werte von 50 Millionen Mark.

Besitzer in Kräftefeldbruck 5 Millionen Mark. Dazu noch: Abfindung für freie Eisenbahnfahrt und Wohnung, Residenzgelegenheit in Franzen (Wamberger Schloss), das Gärtnerplatztheater in München, die Gasseanlagen in München, die Maxburg, die alte Pinakothek, die neue Pinakothek, die Rosen-Sammlung.

Zu diesen Forderungen des ehemaligen Königs kommen noch die bis heute nicht befriedigten Forderungen des ehemaligen Kronprinzen, der weiteren 26 Mitglieder des ehemaligen königlichen Hauses und der 7 Mitglieder der herzoglichen Linie.

Des weiteren beansprucht die ehemals königliche Familie noch die Hinterlassenschaft des verstorbenen Königs Otto (Schloß Neuschwanstein usw.) im Wert von 30 Millionen Mark!

Die bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtages sind drauf und dran, diese unverkündete Ausparung des Staates im Interesse eines Einzelnen und seiner Sippe zu genehmigen.

Woher hat nun die Wittelsbacher Ausreißerfamilie dieses Riesenvermögens? Etwa durch ihre Hände Arbeit? Nein, in noch nicht 150 Jahren hat sie es dem Volke erpreßt. Max I. hat von seinen Vorgängern einen total verschuldeten Vermögensstand übernommen. Seit dieser Zeit sind nicht nur die Schulden gezahlt worden, sondern durch die Säkularisation und andre zu deutsch ausgedrückten Maßnahmen haben die Wittelsbacher dieses Vermögen zusammengehäuft. Die Wittelsbacher haben auch durch den Verkauf von Untertanen an Frankreich und England ungeheure Summen eingestrichen. Und dieses Sündenbündel verlangen sie jetzt vom Volke erpreßt. Statt daß sie froh sind, daß sie den Kopf noch auf den Schultern haben, lehnen sie zurück und stellen solche Forderungen! Das mehrheitssozialdemokratische Blatt, die Augsburger Volkszeitung, sagt dazu noch obenstehend, „die Sozialdemokratie will den Wittelsbachiern geben, was ihnen gebührt, aber auch nicht einen Cent mehr und auf keinen Fall mehr, als die ungeheure Not des Volkes erlaubt.“

Statt daß eine Gegenrechnung für den Schaden aufgemacht wird, den die gekrönten Verbrecher dem Volke durch den Krieg zugefügt haben und Ersatz verlangt wird, ist man bereit, den Wittelsbachiern zu geben, was ihnen gebührt. In einer Zeit schäuflicher Wohnungsnot, in der Hunderttausende von Proletariern vergebens nach einer einigermaßen menschenwürdigen Behausung spähen, wirt man einzelnen Leuten ganze Häuser, Villen- und Domänenkomplexe hin.

So sieht das Gesicht der bürgerlichen Parteideologie im praktischen-politischen Leben aus. Es ist in Preußen nicht anders wie in Bayern, und in Bayern nicht anders wie in Sachsen. In Sachsen wird an dem Kuhhandel zwischen dem Hause Wettin und dem „Freistaat“ noch immer von den Geheimräten der Regierung herumgebetelt. Mit einem Entwurf wie in Preußen und Bayern hat man sich hier bisher nicht herausgetraut, weil hier die politische Gesamtsituation für die Reaktionäre ungünstiger liegt und man sich zunächst eine stärkere politische Gesamtposition gegenüber dem Proletariat schaffen will. Der Wahltag am 6. Juni wird die Gelegenheit bieten, die Antwort auf jene bewußten konterrevolutionären Taten zu erteilen, die in der Abfindung der gestrigen Despoten und Despotischen, wie sie in den Geschehnissen der von bürgerlichen Mehrheiten beherrschten Parlamente vorge schlagen wird, unerschrocken zum Ausdruck kommen. Es liegt am proletarischen Stimmzettel, die jeder parlamentarischen Gefahr der Konterrevolution am 6. Juni die Spitze abzubrechen.

### Diktatur der Schwerindustrie.

Das Schreckgespenst von der Diktatur des Proletariats muß jetzt dem großen Spieser das Gruseln lehren, um ihn an die Wahntage zu bringen und gut deutsch-national zu wählen. Das Schreckgespenst der Diktatur des Proletariats muß aber auch dazu dienen, den Müt von einer wirklichen und leidenschaftlichen Diktatur abzulenken, von der nur allzu greif- und allzu fühlbaren Diktatur der Schwerindustrie. Auch bürgerlichen Kreisen dümmert es, daß sich hier eine für das deutsche Volk folgenschwerere Diktatur aufsetzen hat, als je eine Diktatur des Proletariats sein könnte, wie aus einem Artikel des Berliner Tageblatts zu entnehmen ist, wo es heißt:

„An der letzten Generalversammlung der V. G. G. hielt Walter Rathenau eine seiner gut politisierten wirtschaftspolitischen Reden an die deutsche Nation“, und gelangte dabei zu dem Schluß, daß eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens nur zu erwarten sei, wenn an Stelle der unregelmäßigen und ungeordneten Privatmonopole und der illegalen Händlerwirtschaft ein organisiertes Wirtschaftsleben trete. Herr Rathenau dürfte wohl kaum der Ansicht sein, daß die bisherige gemeinwirtschaftlichen Regenerationsversuche in der Bergwerks- und Eisenindustrie, wie sie in der Hera „Wessell-Wenddorf“ unternommen wurden, als ausschweifende Ausschüsse für ein organisiertes Wirtschaftsleben nach seinen Wünschen gelten können. Denn er machte in derselben Rede einen scharfen Nachhall gegen die „Diktatur der Schwerindustrie“, unter der die ganze deutsche Wirtschaft leide. In der Tat — neben den vielen Diktaturen, die heute in Parteiprogrammen ganz offen oder heimlich propagiert werden, besteht hier eine ganz reelle, leidenschaftliche, wenn auch natürlich von ihren Inhabern mit Empfinden abgegrenzte Diktatur. Sie bestand vor dem Kriege, sie bestand während des Krieges, und sie ist auch nach der Revolution nicht gestillt worden, die doch angeblich eine Demokratisierung der Wirtschaft, einen Abbau der plutokratischen Kapitalmächte einleiten sollte.

Nun wird dem Berliner Tageblatt schwerlich Sympathien für die Diktatur des Proletariats nachsagen können. Um so gewichtiger erscheinen seine Feststellungen über die Diktatur der Schwerindustrie, die leider nur allzu richtig sind. Wer aber soll diese Diktatur anders brechen als das Proletariat? Die bürgerlichen Parteien sind doch letzten Endes alle eng verflochten mit der kapitalistischen Produktionsweise, von der die Schwerindustrie nur ein Teil ist.

### Der eigentliche Zweck der Reichswehr

Im März, nach dem Rapp-Putsch, schrieb der bekannte General Graf von der Goltz, der Vertrauensmann Wilhelms und Roskes, in der Tageslichen Rundschau in einem Artikel über Heer und Volksweltismus das folgende:

Die teilweise gemachte Unterscheidung zwischen Reichswehr und antibolschewistischen Truppen ist verwerflich, denn der eigentliche Zweck der Reichswehr ist Kampf gegen den Bolschewismus. Sorgen wir also dafür, daß die Reichswehr aller Grade die Gefahr und Pflicht erkennt, daß die Befehle ihrer militärischen Vorgesetzten unbedingt befolgt werden, daß alle Verbände, einschließlich der gut ausgebildeten Freiwilligenformationen, sich als ein geschlossenes antibolschewistisches Heer fühlen, das aus sachlichen Gründen und Vaterlandsliebe seinem Führer gehorcht.

Der General von der Goltz war der Führer der berühmtesten Baltikumtruppen und der militärische Leiter der Aktion gegen Sowjetrußland. In sdie Baltikumbanden meuterten und sich weigerten, nach Deutschland zurückzukehren, wurde

von der Goltz von der Regierung erneut nach dem Baltikum geschickt, weil er auf die Baltikumtruppen besonderen Einfluß hatte. v. d. Goltz besitzt auch großen Einfluß in den Kreisen der Militärlisten. Unter den wilhelminischen Offizieren, die heute noch die Reichswehr kommandieren, befinden sich zweifellos viele, die ganz vom Goltz'schen Geiste befeelt sind und in seinem Sinne handeln. Da von der Goltz außerdem in jenen Kreisen als Autorität auf dem Gebiete der Goltz'schen-Befähigung gilt, ist sein Artikel von besonderer Bedeutung. Seine gelehrigen Schüler unter den Reichswehroffizieren werden sicher in seinem Sinne wirken und alles daransetzen, um die Reichswehr noch ganz zu dem antibolschewistischen Heer zu machen. Ueberflüssig ist es, besonders hervorzuheben, daß in den Augen dieser Offiziere selbstverständlich alles „bolschewistisch“ ist, was nur irgendwie sozialistisch ausseht. Gegen die gesamte sozialistische Bewegung muß die Reichswehr auf Befehl ihrer Vorgesetzten unbedingt vorgehen. So muß sie nach dem Vorschlage von der Goltz erzogen werden. Pflicht aller fortschrittlich Gesinnten ist es deshalb, alles daranzusetzen, daß dieses reaktionäre Instrument zerbrochen wird. Der alte preußisch-deutsche Militärgelbst muß endlich restlos aus dem neuen Deutschland verschwinden.

### Das Werk der „Gerechtigkeit und Freiheit“.

II. Mit den aufgezeigten Vollmachten, die die Verfassung dem Präsidenten gibt, hat es sein Bewenden noch nicht. Die Paragraphen 48 und 49 geben ihm das Recht, die wichtigsten Staatsbürgerrechte einfach außer Kraft zu setzen. Ohne jede Einschränkung kann er den Belagerungszustand über Deutschland oder einzelne Gebiete verhängen und die sich daraus notwendig machenden Maßnahmen den Militärbefehlshabern zur Ausführung übertragen. Diese können dann nach Gutdünken schalten und walten; sie können Standgerichte einsetzen, die Todesurteile fällen können.

Die wichtigsten Staatsbürgerrechte, die durch einen Gebietsführer vom Präsidenten außer Kraft gesetzt werden können, sind in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 niedergelegt. Es sind dies die Rechte der persönlichen Freiheit und Sicherheit, die freie Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild. Diese Grundrechte bilden bekanntlich in jedem bürgerlich geordneten Staatswesen die Grundlagen bilden, die von niemand angetastet werden dürfen. Der Artikel 114 sagt: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“; Artikel 115: „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistadt und unverletzlich“; Artikel 117: „Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis sind unverletzlich“; Artikel 118: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“ Die Artikel 123 und 124 betreffen das Vereinigungs- und Versammlungsrecht; Artikel 153 die Entelgnung. Wie der Präsident im verflochtenen Jahre von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat, braucht nicht dargelegt zu werden. Das letzte Jahr ist angefüllt mit Regierungsgewalttaten gegen die Arbeiterkraft. Noch heute ist über einzelne Teile des Reiches der Belagerungszustand verhängt und die Wahlen zum neuen Reichstag müssen unter diesem Gewaltregiment stattfinden. Wegen die bürgerlichen Kreise und Offiziere, die seit dem Zusammenbruch des alten Regimes die Republik geführt haben, sind diese Gewaltmaßnahmen nicht angewandt worden; im Gegenteil, man hat die reaktionären Offiziere benutzt, um gegen die Arbeiterkraft vorzugehen.

Geht der Präsident die genannten Artikel der Verfassung auf, so überträgt er die Ausführung der notwendigen Maßnahmen den Militärbefehlshabern, die dann mit der Bevölkerung und der Presse frei schalten und walten können. Beschwerden gegen diese Maßnahmen müssen bei den Stellen angebracht werden, die die Gewaltkreise verwalten, also bei den Militärbefehlshabern. Alle Verweise, bei der Regierung Gehör zu finden, scheitern, denn die Regierung hat den Befehlshabern angeblich nichts mehr zu sagen. Soll dieser Gewaltherrschaft ein Ende gemacht werden, so muß der Präsident den Belagerungszustand aufheben und die Verfassungsartikel wieder in Kraft setzen.

Auch die Gerichtsbarkeit ist in völlig reaktionärem Geiste geregelt worden, der alte Zustand bleibt einfach erhalten. Die Gerichtsbarkeit wird durch das Reichsgericht und die Gerichte der Länder ausgeübt. Die Richter sprechen noch nach den alten Gesetzen, die gegen die Arbeiterkraft geschaffen wurden, „Recht“; sie werden auch auf Lebenszeit ernannt, angeblich, um ihre Unabhängigkeit zu sichern. Dies ist jedoch nur Vorwand, denn sie sind nur Werkzeuge der jeweils Regierenden. Schon heute gibt es bürgerliche Demokraten, in denen die Richter durch das Volk gewählt werden. Daraus geht hervor, daß die Wahl der Richter durch das Volk keine sozialdemokratische, sondern eine bürgerliche Forderung ist, die leicht erfüllt werden kann und im neuen Deutschen Reich hätte erfüllt werden müssen. Die Militärgerichtsbarkeit soll erst jetzt aufgehoben werden und die Art, wie es gesehen soll, ist auch völlig unzulänglich.

Seit Jahren schon sind namhafte bürgerliche Richter in Wort und Schrift tätig, um eine Reform der Rechtsprechung herbeizuführen und erst kürzlich hat der Reichsgerichtsrat Niedner eine Schrift über die Demokratisierung der Gerichte erscheinen lassen, in der er grundlegende Forderungen des gesamten Gerichtswesens und der Rechtsprechung fordert.

Der reaktionäre Geist der Nationalversammlung offenbarte sich aber ganz besonders bei den Verhandlungen über die Präsidentschaftskandidaturen. Auf Anwegen sollen die ausgerissenen und davongelagerten Fürsten wieder zu ihrer alten Macht gebracht werden. Der Verfassungsausschuß hatte in den Verfassungsentwurf eine Bestimmung aufgenommen, wonach nach 15 Jahren frühere Regenten und Mitglieder der regierenden Häuser zur Reichspräsidentschaft kandidieren können. Mit einer Heftigkeit und Fähigkeit ohnegleichen verfochten die Monarchenanhänger diese Bestimmung. Trotzdem wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag der Unabhängigen Fraktion angenommen, wonach die Mitglieder ehemaliger regierender Häuser für alle Zukunft von der Kandidatur ausgeschlossen bleiben.

Bei der dritten Lesung wurde dieser Artikel wieder gestrichen, ein Teil der Bürgerlichen, die vordem für den unabhängigen Antrag gestimmt hatten, fielen um. So ist es jetzt möglich, daß Wilhelm der Ausreißer oder ein anderer Kriegsverbrecher

schon bei der nächsten Präsidentschaftswahl landloser kann. Da jetzt soviel von dem Schutze der jungen deutschen Republik die Rede ist, so sollten die Wähler bei der Wahl darauf achten, daß sie wirkliche Republikaner und keine verkappten Monarchisten wählen.

### Die Wahrheit um den Untersuchungsausschuß.

Die deutschnationalen Antisemiten stellen es so hin, als sei die Einsetzung des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung nichts weiter als eine böse Erfindung der Juden oder des jüdischen Göttes im Parlament gewesen, um die „Nationalhelden“ Hindenburg und Ludendorff zu verunglimpfen. So wenig die unabhängige Sozialdemokratie bei der tomblenden Haltung dieses Ausschusses ein Interesse daran hat, mit ihrer Stiefnis allen solchen bürgerlichen Ehrenreichtümern gegenüber zurückzuführen, so wenig hat sie aber auch ein Interesse, allen durchsichtigen reaktionären Lügen über Zustandekommen und Arbeit des Ausschusses Vorschub zu leisten.

Zur Steiner der Wahrheit sei deshalb folgendes einer Reihe von Feststellungen des W. d. N. Quibde, des bekannten demokratischen Pazifisten, in der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz mitgeteilt:

Gegenüber der Regierungsvorlage vom 6. Juni auf Einsetzung eines besonderen Staatsgerichtshofes am 20. Juni hatte die Deutsche Volkspartei den Antrag eingebracht, der einen aus „namhaften Historikern und publizistisch gewählten Journalisten“ zusammengesetzten Ausschuß, zunächst zur Aufklärung der die Einsetzung, Führung und Beendigung des Krieges betreffenden Vorgänge“ forderte. Die schließliche Einsetzung dieses Ausschusses sollte durch Gesetz erfolgen. Er sollte mit dem Recht eiblicher Jugendvernehmung ausgestattet werden. Das Ergebnis seiner Untersuchung wäre unter Autorität der Reichsregierung alsbald der Öffentlichkeit zu übergeben. Dieser Antrag stammte aus der Feder des Abgeordneten Kahl, der mir selbst seine Genehmigung darüber aussprach, in dem Grundgedanken ganz übereinstimmend mit einer Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft, in der unter Ablehnung des Staatsgerichtshofes und der Zuspitzung auf die Untersuchung der persönlichen Schuldfrage die Einsetzung eines aus Parlamentariern und Sachverständigen gemischten Untersuchungsausschusses empfohlen war.

Die Reaktion macht nun bekanntlich der Republik den Vorwurf, daß sie sich überhaupt durch eine öffentliche Untersuchung der Kriegsvorgänge an den nationalen Interessen vergangen habe. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß es die „Deutsche Volkspartei“, also die Rechte des Parlamentes, selbst gewesen ist, die einen Antrag auf Einsetzung eines öffentlichen Untersuchungsausschusses einbrachte.

Vom Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie mag in diesem Zusammenhang noch gesagt sein, daß uns natürlich die nur „feststellend“, nur reibende Arbeit des Untersuchungsausschusses keineswegs genügt hat, daß wir vielmehr nach wie vor einer wirklichen Aburteilung der Kriegsverbrecher entgegensehen.

### Ein Programm für den nächsten Staatsstreich.

Nach dem Mißlingen des Rapp-Putsches sind die Rechtsparteien von den Rapp-Leuten abgerückt. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß viele, viele Angehörige dieser Parteien dem Staatsstreich der Rapp und Lüttich von ganzem Herzen vollen Erfolg gewünscht haben. Zu den Kreisen, die das Mißlingen des Putsches aufs tiefste bedauert haben, gehört auch die im antilemischen Jahresschrift folgende Staatsbürgerzeitung in Berlin. Nach dem Berliner Märzputsch zählte sie in einem Artikel die Fehler auf, die nach ihrer Meinung die Putschisten begangen haben. Gleichzeitig entwickelte sie ein Programm, wie man es hätte machen müssen, um des Erfolges sicher zu sein. Sie schrieb also:

„Ein Napoleon hätte sich auf keine parlamentarischen Verhandlungen eingelassen; er hätte die Nationalversammlung nach Hause geschickt und eine zeitlich begrenzte Militärdiktatur eingerichtet. Er hätte die Gewerkschaften aufgelöst, die Verbände archiviert, die Vereinbarungen für den Staat beschlagnahmt. Er hätte vielleicht 100 000 der radikalsten Führer erschossen lassen. Seine Soldaten würde er glänzend bezahlt haben, wie es jetzt die rote Armee tut, und er hätte zugleich der Entente mitgeteilt, daß er den Bolschewismus unterdrücken müsse, weil sonst keine Gewähr vorliege, daß Deutschland die Friedensbedingungen erfüllen würde. Dieser Plan hätte unbedingt glücken müssen.“

Da haben also nun die Putschisten ein klares Programm, nach dem sie das nächste Mal verfahren können. Es unterliegt auch gar keinem Zweifel, daß die militärischen Staatsstreicher, wenn sie einen neuen Schlag gegen das Proletariat führen werden, mit viel größerer Rücksichtslosigkeit und Brutalität vorgehen werden als in den Märztagen. Die Arbeiterkraft weiß also, was ihr bei einem neuen Vorstoß der Militärlisten und Monarchisten bevorsteht. Mag sie deshalb alle ihre Kräfte sammeln und sich rüsten damit sie einem neuen Angriff der Reaktionäre entsprechend begegnen kann. Die Arbeiter und überhaupt alle fortschrittlich und freisinnig Gesinnten müssen sich aber auch gerade jetzt daran erinnern, daß die Rechtsparteien, die deutschnationalen und deutschen „Volksparteier, die jetzt um die Stimmen der werktätigen Bevölkerung buhlen, die Kampfgenossen der gegenrevolutionären Putschisten sind, daß sie diese direkt oder indirekt unterstützen haben und auch jetzt noch unterstützen. Die wirklich freisinnig Gesinnten müssen aber auch daran denken, welche zweifelhafte Rolle die sogenannten „Demokraten“ in den Märztagen gespielt haben. Sie müssen sich besonders vor Augen halten, wie sich die Demokraten nach dem Scheitern des Rapp-Putsches unter der Parole: „Gegen den Bolschewismus!“ mit den deutschnationalen und militaristischen Reaktionären zu einer gemeinsamen Kampffront gegen die entschlossenen Verteidiger der revolutionären Errungenschaften vereinigt haben. Bei den bevorstehenden Wahlen müssen alle freisinnig gesinnten und vorwärts strebenden Wähler und Wählerinnen den offenen und verkappten Kappisten, samt ihren „demokratischen“ Helfern die gebührende Antwort geben. Sie tun es, wenn sie ihre Stimme der von diesen Reaktions- und Koalitionsparteien so scharf belämpften Unabhängigen Sozialdemokratie geben.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, hat sich eine neue „Volkspartei“ gebildet. Sie nennt sich „Nationaldemokratische Volkspartei“ und bezeichnet sich in ihren Aufzügen als den rechten Flügel der Deutschen Demokratischen Partei. Sie hat auch bereits für den Stadtkreis Berlin eine Kandidatenliste für die Reichstagswahl aufgestellt. Auf dieser Liste steht an erster Stelle Herr Rudolf Lebus. Dieser wandlungsfähige Herr, der vor Jahren auch einmal behauptete, Sozialdemokrat zu sein, dann einer der Macher und Kostgänger der Gelben-Bewegung, ist der Herausgeber und Chefredakteur der Staatsbürgerzeitung, desselben Blattes also, das das oben gekennzeichnete Programm für den kommenden Staatsstreich aufgestellt hat. Daraus kann man am besten ersehen, was das deutsche Volk von dieser neuen Sorte deutscher „Demokraten“ erwarten hat.



91] Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Helben von William Makepeace Thackeray.

Georg nahm die Einladung an, obwohl seine Frau etwas lebend war. Sie waren jetzt noch nicht ganz sechs Wochen verheiratet. Ein andres Weib lachte oder verächtete sie und es rührte ihn nicht.

Herr Osborne, der fast von seiner Unwiderstehlichkeit und Bestimmung zum Eroberer überzeugt war, versuchte daher keinen Widerstand gegen sein Schicksal, sondern ergab sich gern dazwischen. Und da Mädchen weder viel sagten, noch ihn mit ihrer Eifersucht plagten, sondern bloß wenn sie allein war, ihrem Kummer freien Lauf lieh, glaubte er, sie habe keine Ahnung von dem, was alle seine Bekannten mußten, nämlich, daß er eine der weitesten Liebesketten mit Frau Crawley im Gange hatte.

Georg ward von seinen neuen Freunden so in Anspruch genommen, daß er mit Dobbins lange nicht mehr so oft als früher zusammentraf. Er vermißte ihn sichtlich und im Regiment und fand, wie wir gesehen haben, keinen Gefallen an den Predigten, welche ihm sein älterer Freund zu halten geneigt war.

Seit Darius' Zeiten hat es wohl kaum je einen so glänzenden Schwefel im Gefolge irgendeines Heeres gegeben, als 1816 in den Niederlanden bei dem des Herzogs von Wellington, welches loszulegen, bis zum Augenblick der Schlacht, lange und schmauste. Der Ball, welchen die Herzogin von Richmond am 15. Juni des obengenannten Jahres gab, ist historisch geworden.

Joseph und Frau O'Dowd waren trotz aller Bemühungen nicht imstande Pflanz zu erhalten; einige andre von unsern Freunden waren jedoch glücklicher. Georg zum Beispiel erhielt durch Lord Baccacres Einfluß und als Zahlung für das Diner bei dem Restaurateur eine Einladungskarte für Kapitän und Frau Osborne, was ihn bedeutend in seiner eigenen Schätzung hob.

An dem bestimmten Abend fuhr Georg, der neue Kleider und Schmuck jeder Art für Amalien gekauft hatte, zu dem famosen Ball, wo seine Frau keine Menschenfelle kannte. Nachdem er sich nach Lady Baccacres umgesehen, die ihn nicht kennen wollte, weil sie dachte, die Karte sei vollkommen genug, — und Amalien auf eine Bank gesetzt hatte, überließ er sich, durch ihren eigenen Gedanken, da er dachte, er habe sehr großmütig gehandelt, indem er ihre neue Kleider gekauft, und sie auf den Ball gebracht, wo sie sich nach Belieben betätigen konnte.

Während ihre Erscheinung (wie ihr Gatte mit innerer Wut fühlte) vollkommen unbedacht, vorübergehend, war dagegen Frau Rawdon Crawleys Debit äußerst brillant. Sie kam sehr spät. Ihr Gesicht trug ein strahlendes Lächeln; ihre Kleidung war die Vollkommenheit selbst; mitten unter den hier versammelten hohen Personen und unter dem Kreuzfeuer der auf sie gerichteten Vorwürfe, schien sie ebenso selbstsüchtig und gesammelt zu sein, als zur Zeit, wo sie die kleinen Mädchen bei Fraulein Pinkerton in die Schule zu führen pflegte.

Während ihre Erscheinung (wie ihr Gatte mit innerer Wut fühlte) vollkommen unbedacht, vorübergehend, war dagegen Frau Rawdon Crawleys Debit äußerst brillant. Sie kam sehr spät. Ihr Gesicht trug ein strahlendes Lächeln; ihre Kleidung war die Vollkommenheit selbst; mitten unter den hier versammelten hohen Personen und unter dem Kreuzfeuer der auf sie gerichteten Vorwürfe, schien sie ebenso selbstsüchtig und gesammelt zu sein, als zur Zeit, wo sie die kleinen Mädchen bei Fraulein Pinkerton in die Schule zu führen pflegte.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Der Verein für Lebens- und Heilung Reform als Einberufender von ihm angelegten Veranlassungen und Vorträge wendet sich gegen den Bericht des Dr. A. L. in Nr. 78 unserer (?!?) Heb. d. (V. V.) Zeitung und bittet um Aufnahme folgender Erklärung:

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß die Naturheilmethode, und zwar gänzlich unabhängig von der Medizin und im steten Kampfe gegen die Medizin, von A. L. erfolgreich angewendet und zur Kenntnis des Volkes gebracht wurden.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß massenhaft medizinische Mittel und Operationen empfohlen werden, bei deren Vermeidung der Kranke recht häufig gesund wird.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß die Mitglieder des Vereins physikalisch-diätetischer Kräfte und viele Sanatoriums-Kräfte das Gegenteil beweisen und die Geschlechtskrankheiten mit natürlichen Mitteln heilen und nicht mit unverständlichen Giften und Arzneimitteln.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß wir in allen Vorträgen ausdrücklich betonen, daß verschiedene Operationen und Eingriffe ausgeführt werden müssen, wo sie tatsächlich nötig sind, trotzdem tausende Operationen entbehrt und verschleiert werden können.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß unser Vereinsobmann, Herr Mühl, seine Herr aufgefördert hätte, statt des Krates das Naturheilverfahren in Anspruch zu nehmen, und damit großes Unheil hätte. Wichtig ist vielmehr, daß unsere Redner es ruhig den Hörern überlassen, den Art ihres Vertrauens zu wählen, resp. den Art, den sie verdienen.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß Herr Mühl spricht angesichts seiner langjährigen Erfahrung und seiner großen Erfolge äußerst verbindlich und vernünftig. Von einem Unheilskünstler kann erst recht keine Rede sein, weil unsere vollverständlichen und aufrichtigen Bestrebungen erfolgreich und immer mehr die Bekämpfung der Menschheit aus dem Besseln des Wahns, der Krankheitsnot und des Elends erreichen.

Natürliche Heilmethode und Geschlechtskrankheiten. Wichtig ist vielmehr, daß Herr Dr. L. nicht den Mut gehabt hat, seine Erklärung direkt in der Diskussion nach dem Vortrag zum Ausdruck zu bringen. Die ihm unterlassenen Kritiker wären dort sofort aufgeführt und bestraft worden.

Verein für Lebens- und Heilung Reform, C. R.

Hierzu bemerkt unser Referent:

Das das "Naturheilverfahren" nicht von der Medizin stamme und unabhängig von ihr, ja sogar gegen die Meinung der Ärzte angewendet werde, ist eine Behauptung, welche in merkwürdigem Gegensatz zu der Tatsache steht, daß die Medizin warme und kalte Bäder, Pflaster, Blutentziehungen usw. seit langem benutzte.

Das die Medizin mit natürlichen Mitteln auszukommen sucht, ist ebenfalls eine unbestreitbare Tatsache. Daß sie oft zu Medikamenten und Operationen greift, wo noch der Versuch mit natürlichen Mitteln zu machen wäre, liegt teilweise daran, daß der Patient ungebildig ist und Medikamenten fordert, teilweise daran, daß die natürlichen Mittel oft langsamer wirken und kostspieliger sind, weshalb bei mittellosen Kranken ein radikales Verfahren angewendet werden muß.

Das der Syphiliskranke durch natürliche Mittel allein gesund werden könne, ist eine indiskutable Behauptung. Davin sind sich die ersten Spezialisten einig.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß in dem Vortrage nicht behauptet wurde, alle Operationen wären durch das Naturheilverfahren zu ersetzen. In diesem Punkte lag ein Mißverständnis vor.

Allerdings hat Herr Mühl nicht ausdrücklich gesagt, die Kranken sollten nicht den Ärzten ausweichen, sondern er hat es den Zuhörern überlassen, nach eigener Meinung zu handeln; aber nach einer Auseinandersetzung, die dahin ging, daß der Arzt sie mit gefährlichen, oft lebensbedrohenden Giften behandle, wogegen das Naturheilverfahren mit unschädlichen Mitteln die Heilung bringe. Wir glauben, das ist zwar diplomatisch, doch klar genug gesprochen. Gewiß sind die Medikamente Gifte, aber in der ärztlichen Anwendungswelt wirken sie nicht als Gifte. Das hat Herr Mühl nicht vorgezogen.

Das die Bestrebungen der Naturheilmethode aufrichtig und ehrlich sind, haben wir nicht bezweifelt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß durch die Propaganda nicht ganz urteilsfähige Laien von der wissenschaftlichen Heilmethode abgelenkt werden, als welche wir allein die ärztliche (begriffen die Hörsen!) betrachten. Das wagen wir ein Urtheil nicht zu nennen.

Das ich meinen Standpunkt nicht gleich nach dem Vortrage in der Diskussion bekanntgab, geschah nicht aus Mangel an Mut, sondern aus Zweifel daran, daß meine "Kritiker" dort bestraft werden könnten, woran ich auch jetzt noch zweifle. Dr. A. L.

Städtische Theater und Stadtorchester.

Wir erhalten folgende Erklärung:

Die Intendantin der Städtischen Theater hat die Deffentlichkeit von der Not und schwierigen Lage, in der sich unsere Theater befinden, durch eine Beprechung mit der Presse unterrichtet. Es erscheint angebracht, daß auch von Seiten des Personals zu dieser Frage der Deffentlichkeit gegenüber Stellung genommen wird, da es doch die vitalsten Interessen desselben betrifft.

Es besteht, auch bei den verantwortlichen Stellen, kein Zweifel darüber, daß sich jetzt die Folgen früher begangener Sünden am Organismus des Instituts bemerkbar machen; der Körper ist durch falsche Behandlung erkrankt und soll jetzt durch eine radikale Operation und Amputation nach dem Rezept "Dr. Eisenbart" wieder gesundgemacht werden. Heute über die bisherigen schweren Fehler zu reden (erwähnt seien nur die viel zu spät eingetretene Erhöhung der Eintrittspreise, unglückliche und kostspielige Engagements, Tausende von Mark verschlingende Ausstattungen von Betzen, die sich als Nullen erweisen haben, u. a.), hat keinen praktischen Wert mehr. Jetzt drängt sich mit unabwehrlicher Gewalt die Frage auf: Wie kommen wir aus dieser Finanznot?

Den Löwenanteil beim Sparprogramm soll das Personal tragen. Es soll um über 100 Köpfe verringert werden. Das heißt ja aus, als sei bisher das Personal viel zu stark im Bestande und nicht zur Genüge beschäftigt gewesen. In einigen Stellen, die der Intendantin ja bekannt sind, war dies der Fall. Doch für das Gesamtpersonal als Ganzes muß dies entschieden bestritten werden. Oder soll Leipzig auf das Niveau einer Provinzstadt herabgedrückt werden? Wo blühte dann der erzieherische Wert eines Kunstinstituts, wenn die Verringerung des Personals die Folge zeitigen würde, daß es die Aufgabe, Kulturfördernd zu wirken, nicht mehr erfüllen kann?

Es stellt der Leipziger Bevölkerung ein recht gutes Zeugnis aus, daß die ersten Darbietungen am reichsten gewürdigt werden,

Am Opernhaus (Neues Theater) hat trotz der erhöhten Eintrittspreise der Besuch nicht nachgelassen und deckt die Einnahmen die Ausgaben, im Alten Theater (Schauspiel) besteht ein kleines Defizit, während das Operetten-Theater der Regel zum Erlöse der beiden andern werden kann. Früher war gerade das Gegenteil der Fall, und es wäre eine große Unbilligkeit gegen die Operette, wenn diese vielleicht wegen ihrer zeitlichen Unrentabilität fallen gelassen werden sollte.

Leipzig marschiert in der Musikwelt mit an erster Stelle. Soll nun auch eine Stadt wie Leipzig, die reiche Handels- und Wehstadt, der Schrittmacher des Theaterzusammenbruchs sein?

Wie würde nun die "wesentliche Verringerung" speziell beim Städtischen Orchester aussehen? Es ist eine feststehende Tatsache, daß sich der ganze Erfolg eines Operntheaters auf einem guten Orchester aufbaut; ist das Orchester minderwertig, so können die Solisten wie auch der Kapellmeister noch so hervorragend sein, es kommt nichts Gutes zustande. Das Orchester ist das bedeutendste Glied im Gesamtensemble! Dieser Gesichtspunkt scheint viel zu wenig gewürdigt zu werden. Unser Stadtorchester, welches bekanntlich auch die Konzerte im Gewandhause spielt und deshalb wohl mehr Gewandhausorchester als Stadtorchester genannt wird, ist ein Kunstkörper von unschätzbarem Wert.

An seinem Fundament will man jetzt, das erstmal seit seinem Bestehen, rütteln! Hier hat die gesamte Bevölkerung Leipzigs nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht, zu rufen: Hände weg! Soll nun das einzige wirklich künstlerische Orchester Leipzigs ein Opfer der materiellen Not werden? Durch die Tradition, durch sein Können ist das Stadtorchester groß und berüchtigt geworden. Und nun auf einmal soll das alte berühmte Gewandhausorchester in die Reihe der Orchester zweiter Güte veretzt werden! Alles Erreichte wird über den Haufen geworfen. Es steht fest, daß die Verringerung des Orchesters dessen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt! Wie das Orchester vor einigen Jahren verhält, prägte sein Verringerer als Professor Mühlisch den Satz: "Mit dem Orchester wird Raubbau getrieben." Und selbstem ist die dienstliche Belastung des Orchesters andauernd gestiegen!

Nicht werden mehr denn je moderne Opern mit größter Beschleunigung gegeben; das Orchester führt jetzt die gesamte Bühnenmusik wie auch die gesamten Verstärkungen im Orchester selbst aus; das Orchester hat freiwillig, um die Einnahmen zu erhöhen, auf den bisher üblichen wöchentlichen freien Opernabend verzichtet. Also das Orchester ist bereit, an der Förderung der Produktion teilzunehmen, doch darf es nicht so weit führen, daß die Produktion im Werte herabgedrückt wird. Und das würde der Fall sein, wenn eine Verringerung stattfindet.

Werden die Stadtorchestermitglieder beschäftigt, daß sie nicht mehr froh würden, wird Mühlisch "Vort vom Raubbau" in Erscheinung treten, und das Stadtorchester hört überhaupt auf, ein künstlerischer, ein Kulturfaktor zu sein.

Und nun einmal die Verringerung praktisch genommen: Das Orchester würde große Werte mit moderner Beschung (mit Bühnenmusik usw.) nicht mehr von sich selbst ausstrahlen; es müßten hier, wie auch bei Entlassungen von Mitgliedern, teure Anstellungen herangezogen werden! Kann es die Stadt verantworten, daß sie die jüngsten Mitglieder, die meist schon aus festen Stellungen hierher kamen, um nur "im Gewandhausorchester" zu sein, teils auf den Kampfplatz drängt oder der Erwerbslosensfürsorge ausliefert? Abgesehen davon, daß andere Städte ihre Orchester verstärken (Bodum, Bremen, Charlottenburg), hat man von Einschränkungen in andern Orchestern noch nichts gehört. Und sehr wichtig ist folgender Vergleich: bei weniger Dienst ist das Orchester der Staatsoper Berlin 150, Dresden Landesoper 145 und München Nationaltheater 142 Mann stark; Leipzig besteht aus 102 Mitgliedern. Und da will man noch verringern!

Die Intendantin sagt nun: Das ist alles ganz gut und schön, wir gehen auch nur schweren Herzens an eine Verringerung des Orchesters, doch zwingt uns die Not dazu.

Wie man zu Entlassungen schreitet, wird die Frage erwochen: Ist eine Streckung der Arbeitsleistung möglich? Diese Frage wird bei einem Kunstbetriebe einmütig verneint. Was nun tun, ohne daß man zu Entlassungen schreiten muß? Es gibt einen Weg: Weh die Leipziger Bevölkerung zur Genüge, daß die Stadt für alle drei Institute einen jährlichen Zuschuß von 500 000 Mk. zahlt; keinen Weniger mehr als zu Zeiten, da es noch keine Teuerung gab? Damals (1918) waren die Gesamtausgaben der Städtischen Theater 1 200 000 Mk., während sie 1919: 5 440 000 Mk. und 1920: 10 500 000 Mk. betragen. Der städtische Zuschuß 6 112 auf 500 000 Mark!! Weh die Deffentlichkeit, daß die Dresdner Landestheater einen jährlichen Zuschuß von 4 1/2 Millionen Mark bekommen? Weh man auch, daß diese 4 1/2 Millionen ganz Sachsen aufbringen muß? Würde sich hier nicht für unsere Abgeordneten eine dankbare Aufgabe finden, wieder den Wandel zu schaffen, wodurch auch die Leipziger Theater wieder lebensfähig würden? In unsere Stadtorchester geht der Ruf: Helft uns unsere Stellung erhalten, denn bewahrt ihr Kulturträger vor dem Untergange. Erhöht schnell, ehe es zu spät ist, den Zuschuß zu den Theatern jetzt und jetzt! Den Abgeordneten der Sächsischen Volkskammer rufen wir zu: Ergt dafür, daß der Landeszuschuß an die Theater gerecht verteilt wird, so daß der Nutzen nicht nur einem, sondern allen sächsischen Theatern zugute kommt!

Und die Leipziger Einwohnerschaft bitten wir: Besucht eure Theater, helft sie euch und uns erhalten!

Walter Heine, Vorsitzender des Betriebsrats der Städtischen Theater und Vorsitzender des Stadttheater- und Gewandhausorchesters.

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Walter Heine, Vorsitzender des Stadttheater- und Gewandhausorchesters.

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Wir stellen zu dieser Erklärung, die auch der übrigen Presse zugang, für heute nur fest, daß der zweite Absatz, mit den Angriffen gegen die Theaterleitung, in den L. N. und dem L. Tageblatt nicht mit gedruckt ist! Der Fehler der Anstalten aber ist, daß sie trotz allen Warnungen sich nicht früher geregt haben, daß sie im Gegenteil (nach guten Ansätzen im Frühjahr 1919, die Sache selbst in die Hand zu nehmen) sich nach erreichten Zulagen haben in den Hintergrund drängen lassen. Im Privatleben nennt man das einfach einfallen lassen und klug, wenn man dazu befugt ist, noch das klassische Wort hinzu: Ich hab's ja gleich gesagt, die Lust, die nicht nach Weile!

Kleine Chronik.

Fünfter Heimatklub-Vortrag. Einen gemächlichen Abend bereitete am letzten Freitag den Besuchern der Vorträge Musikdirektor Bernhard Schuelde in Dresden. Im theoretischen 1. Teile seines Vortrages über die Weisen des deutschen Volkstundes lief es gab er interessante Aufschlüsse über die mutmaßliche Entwicklung des Kinderliedes aus einfachen Jamben der Spielenden, — wobei er an die ganz ähnliche Entstehung der Melodien mancher Straßensänger erinnerte —; ferner über den Zusammenhang der Kinderlieder, der für gewöhnlich eine Linie, ausnahmsweise auch eine Geste beträgt; über gewisse Eigentümlichkeiten der kindlichen Singweise, so die auffällige Vermischung jeden Reitons, die sehr oft die Empfindung auskommen läßt, das Lied sei noch gar nicht abgeschlossen, und die die Kinder zu endlosen Wiederholungen direkt



